

# Gemeinde Pfaffenhofen a. d. Glonn



## Niederschrift über die Sitzung des Gemeinderates vom 13.02.2023

### Öffentlicher Teil

<b>Ort</b>	Pfaffenhofen a.d. Glonn, Reisererstr. 5	
<b>Vorsitzender</b>	Zech, Helmut	
<b>Schriftführer</b>	Berglmeir, Gabriele	
<b>Eröffnung der Sitzung</b>	Der Vorsitzende erklärt die Sitzung um <b>19:30 Uhr</b> für eröffnet. Er stellt fest, dass sämtliche Mitglieder ordnungsgemäß geladen und dass Zeit, Ort und Tagesordnung für die öffentliche Sitzung gemäß Art. 52 Bay. Gemeindeordnung (GO) ortsüblich bekanntgemacht wurden.	
<b>Anwesend</b>	<b>Von den 15 Mitgliedern (einschl. Vorsitzender) des Gemeinderates sind 15 anwesend.</b>	
	Zech, Helmut	
	Berglmeir, Stefan	
	Hartmann-Brockhaus, Tobias	
	Kalmbach, Georg	
	Kalmbach, Richard	
	Klein-Kennerknecht, Margarete	ab 19:40 Uhr
	Lampl, Stefan	
	Mang, Harald	
	Merk, Florian	
	Naßl, Bernhard	
	Steinhart, Marianne	verlässt die Sitzung um 20:30 Uhr
	Stoll, Dieter	
	Weiß, Andreas	
	Wild, Stefan	
	Wolf, Manfred	
	Der Vorsitzende stellt fest, dass der Gemeinderat Pfaffenhofen a. d. Glonn somit nach Art. 47 Abs. 2/3 GO beschlussfähig ist.	
<b>Genehmigung der letzten Sitzungsniederschrift</b>	Die letzte öffentliche Sitzungsniederschrift vom 23.01.2023 wird ohne Einwand genehmigt. 13 : 0 (ohne Hr. Gemeinderat Hartmann-Brockhaus, da dieser zum 23.01.2023 noch nicht dem Gremium angehörte)	

## 1 Feststellung des Listennachfolgers für die Besetzung des Gemeinderats der Gemeinde Pfaffenhofen a.d. Glonn

### Sachverhalt:

Aufgrund der Niederlegung des Ehrenamtes als Gemeinderätin durch Frau Susanne Vedova (Bündnis 90/Die Grünen) und den entsprechenden Beschluss des Gemeinderats vom 23.01.2023 rückt der nächste Listennachfolger in den Gemeinderat nach.

Nach dem Ergebnis der letzten Kommunalwahl wäre Frau Tabea Reisländer (Platz 4) nächste Listennachfolgerin. Frau Reisländer hat jedoch mitgeteilt, dass sie für das Amt als Gemeinderätin nicht zur Verfügung steht. Nächster Listennachfolger ist somit Herr Tobias Hartmann-Brockhaus (Platz 5). Herr Hartmann-Brockhaus wurde bereits darüber informiert und hat mitgeteilt, dass er für das Amt zur Verfügung steht und zur Eidesleistung als Gemeinderatsmitglied bereit ist.

Herr Bürgermeister Zech begrüßt Herrn Hartmann-Brockhaus als Nachrücker und erklärt das Prozedere einer Gemeinderatssitzung.

### Beschluss:

Der Gemeinderat stellt fest, dass Herr Tobias Hartmann-Brockhaus nächster Listennachfolger im Wahlvorschlag „Bündnis 90/Die Grünen“ ist.

**Abstimmungsergebnis: 13:0**

## 2 Vereidigung des neuen Gemeinderatsmitglieds Herrn Tobias Hartmann-Brockhaus

### Sachverhalt:

Aufgrund des Ausscheidens von Frau Susanne Vedova aus dem Gemeinderat muss der entsprechende Listennachfolger als Gemeinderatsmitglied vereidigt werden (Art. 37 i.V. mit Art. 48 Abs. 3 Satz 1 Gemeinde- und Landkreiswahlgesetz – GLkrWG).

Herr Tobias Hartmann-Brockhaus hat auf Anfrage der Verwaltung mitgeteilt, das Gemeinderatsmandat anzunehmen und den Eid gem. Art. 31 Abs. 4 Gemeindeordnung (GO) zu leisten. Der Erste Bürgermeister vereidigt somit Herrn Tobias Hartmann-Brockhaus als neues Mitglied des Gemeinderats der Gemeinde Pfaffenhofen a.d. Glonn.

Die Eidesformel lautet:

Ich schwöre Treue dem Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und der Verfassung des Freistaates Bayern. Ich schwöre, den Gesetzen gehorsam zu sein und meine Amtspflichten gewissenhaft zu erfüllen. Ich schwöre, die Rechte der Selbstverwaltung zu wahren und ihren Pflichten nachzukommen, so wahr mir Gott helfe.

(Der Eid kann auch ohne die Worte „so wahr mir Gott helfe“ geleistet werden.)

## 3 Informationen

### Sachverhalt:

Tagesordnungspunkte aus der letzten nichtöffentlichen Sitzung, für die die Veröffentlichung beschlossen wurde:

- Auftragsvergabe Hausverwaltung für das Mehrflexgebäude im Innovationspark Egenburg
- Auftragsvergabe Austausch SPS-Steuerung am Pumpwerk Wagenhofen mit Anbindung an das Prozessleitsystem der gemeindlichen Kläranlage
- Erweiterung Erdgeschoss für eine Arztpraxis am Kinderhaus Egenburg; Auftragsvergabe Planungsleistungen

Bürgermeister Zech informiert über folgende weitere Themen:

- Am 06.03. beginnen die Bauarbeiten am Mehrflexgebäude. Die Aushubarbeiten haben bereits begonnen. Der Humus wird am Bauhof bis zum Wiedereinbau zwischengelagert.
- Dorferneuerung Pfaffenhofen a.d. Glonn OT Unterumbach: unser zuständiger Sachbearbeiter, Herr Rolf Weichenrieder ist schwerst erkrankt und steht nicht mehr zur Verfügung. Neue Zuständigkeit im Amt für ländliche Entwicklung.
- Aufstellen eines Bücherschranks beim Kinderhaus in Pfaffenhofen a.d. Glonn. Dank gilt den Initiatoren Frau Ilona Schwaak und Herrn GR Andreas Weiß
- Wettbewerb: von 84 Gemeinden steht die Gemeinde Pfaffenhofen a.d. Glonn an 16. Stelle. Stand 13.02.2023
- Sturzflutrisikomanagement: Meeting mit Hr. Dr. Hürten und Hr. Barth vom WWA, Hr. 1. Bgm. Zech, Hr. 2. Bgm. Mang, Hr. Steinhart – Bauhof, Fr. Berglmeir – Verwaltung am 06.02.2023. Bei genauer Betrachtung aller Ortsteile ist die Gefahr einer Sturzflut nur im Ortsteil Unterumbach gegeben. Alle anderen Ortsteile können soweit als sicher bezeichnet werden. In Unterumbach wurden bereits Maßnahmen (Wagenhofener Str., Dorfstr. am östlichen Ortseingang) durchgeführt. Weitere Maßnahmen erfolgen im Zuge des Kanalneubaus.
- Regenrückhaltebecken auf Flst.-Nr. 429 und 430 Gem. Pfaffenhofen a.d. Glonn. Abgrabungsgenehmigung wird gerade eingeholt. Naturnahe Gestaltung. Die bestehende Ausgleichsfläche wurde berücksichtigt (Ausgleichsfläche wird bilanziert)
- Aktuelle Situation auf der Linie X 732: aufgrund von Fahrermangel wurden Fahrten insbesondere in den Abendlinien gestrichen.
- DP-Shop Suche. Es werden Flächen für einen Paketshop gesucht (ca. 16 m<sup>2</sup> + 6 m<sup>2</sup> Lager)
- Am Kreisverkehr Wagenhofen wurde die Bepflanzung zurück geschnitten um eine Werbeaktion durchzuführen. Der Rückschnitt wurde mit Herrn Bürgermeister Zech abgestimmt. Sollte die Bepflanzung nicht nachwachsen wird nachgepflanzt. Verlesung des Schreibens der Dorfgemeinschaft Wagenhofen. Herr Bürgermeister Zech bedankt sich bei den ehrenamtlichen Helfern für die jahrelange Pflege des Kreisverkehrs.

## 4 Umstellung der noch vorhandenen, konventionellen Straßenbeleuchtung auf LED

### Sachverhalt:

Herr Bestle von der Bayernwerk AG stellt die Situation dar und steht für Fragen bereit. Das von der Verwaltung noch im letzten Jahr fristgerecht beantragte Förderprogramm wird ebenso von Herrn Bestle erläutert (Präsentation von Herrn Bestle).

¾ des Bestandes wurden bereits umgerüstet. Es gibt die Bundesförderung ZUG Förderung 25 % Landesförderung ROB Förderung 65 %. 10 % der Kosten trägt die Gemeinde. Bearbeitungszeit des Förderantrags derzeit 15 Monate. Voraussichtliche Umrüstung geplant für 2024.

### Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt die Beanspruchung des Förderprogramms.  
Nach Förderzusage kann der Auftrag vergeben werden.

**Abstimmungsergebnis: 15:0**

## 5 Antrag Bündnis 90 Die Grünen Teilnahme Onlinevortrag

### Sachverhalt:

Die Fraktion Bündnis 90 Die Grünen stellen nachfolgenden Antrag:

Unsere Gemeinde hat eigene landwirtschaftliche Flächen, die sie an Landwirte verpachtet. Bei der Vertragsgestaltung hat die Gemeinde großen Freiraum, Kriterien für den Umgang mit den Flächen festzusetzen.

Im Rahmen des Bundesprogrammes Biologische Vielfalt gibt es das kostenlose Beratungsangebot „Fairpachten“, das u.a. zu diesen Möglichkeiten der Vertragsgestaltung informiert.

Regionalberaterin für Bayern ist Frau Barbara Stroell Tel. 09158 9287609, [barbara.stroell@NABU.de](mailto:barbara.stroell@NABU.de)

Wir stellen den Antrag, dass sich der Bürgermeister und die Gemeinderät\*innen von Frau Ströll kostenlos und unverbindlich in einem ca. 30 Minuten dauernden Onlinevortrag zu den Möglichkeiten der Pachtvertragsgestaltung gemeindeeigener Flächen informieren lassen.

## **Beschluss:**

Die Verwaltung wird beauftragt, mit Frau Stroell einen Onlinetermin zu vereinbaren und diesen mit der Bitte um Teilnahme an alle im Antrag aufgeführten Personen weiter zu geben.

**Abstimmungsergebnis: 13:1**

Abstimmung ohne Herrn Gemeinderat Weiß, dieser hat den Saal verlassen

## **6 Bestellung eines Jugendreferenten / einer Jugendreferentin**

### **Sachverhalt:**

Mit dem Ausscheiden von Frau Susanne Vedova aus dem Gemeinderat ist auch das Amt der Jugendreferentin unbesetzt. Es sollte sich eine Person mit Bezug zur Jugend zur Verfügung stellen.

### **Beschluss:**

Der Gemeinderat bestellt Herrn Andreas Weiß (AWG) als Jugendreferenten.

**Abstimmungsergebnis: 14:0**

Eine Stimmenthaltung

## **7 Berufung eines / einer Umweltbeauftragten**

### **Sachverhalt:**

Frau Gemeinderätin Susanne Vedova hatte bisher das Amt der Umweltbeauftragten inne. Frau Vedova hat mitgeteilt, dass sie mit der Niederlegung des Gemeinderatsmandats auch die Funktion der Umweltbeauftragten abgibt.

Der bzw. die Umweltbeauftragte soll Anlaufstelle für die Bürgerinnen und Bürger der Gemeinde Pfaffenhofen a.d. Glonn zum Thema Umweltschutz sein. Er bzw. sie kann, muss aber nicht zwingend Mitglied des Gemeinderats sein. Die Aufgaben von Umweltbeauftragten, die es inzwischen in vielen Gemeinden gibt, werden wesentlich durch die Struktur der Gemeinde mitbestimmt. So nimmt in einer ländlichen Gemeinde wie Pfaffenhofen a.d. Glonn der Natur- und Landschaftsschutz eine zentrale Rolle ein.

Folgende Aufgabenbereiche werden erwünscht:

- Ideengeber für Energieeinsparung
- Informieren über den Umgang mit der Natur in Gartenanlagen usw.
- Beratung bei gemeindlichen und privaten Bauvorhaben
- Ökologische Aufwertung verfügbarer gemeindeeigener Grundstücke (Beratung)
- Unterstützung im Bauleitverfahren (Beratung)
- Kartierung gemeindeeigener Bäume
- Überwachung der Bäume nach Sturmschäden

Bezgl. Der Baumkontrolle muss sich Hr. Lampl in den nächsten Monaten einen Überblick über den Arbeitsumfang verschaffen.

### **Beschluss:**

Der Gemeinderat bestellt Herrn Stefan Lampl (CSU) als Umweltbeauftragten.

**Abstimmungsergebnis: 14:0**

Eine Stimmenthaltung

## 8 18. Änderung der Fortschreibung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Odelzhausen - Stellungnahme der Gemeinde Pfaffenhofen a.d. Glonn

### Sachverhalt:

Beteiligung gem. BauGB § 4 Abs. 1 an der Aufstellung der 18. Änderung der Fortschreibung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Odelzhausen. Änderungsbereich: „Gewerbegebietserweiterung – Ost, Teil 2“

Stellungnahme der Gemeinde Pfaffenhofen a.d. Glonn:

Die Gemeinde Pfaffenhofen a.d. Glonn begrüßt die Ausweisung von Gewerbeflächen und der damit zusammenhängenden Schaffung von Arbeitsplätzen in der Region.

Folgende Fragestellung ergibt sich für die Gemeinde Pfaffenhofen a.d. Glonn:

- Wird der kommunalen Daseinsvorsorge für die Bürgerinnen und Bürger in Bezug auf eine Fläche für einen Wertstoffhof Rechnung getragen? (Schließung des Wertstoffhofs Taxa)
- Gibt es ein erneuerbares Energien Konzept?
- Wir bitten um Beachtung der Anbauverbotszone (Ausbau Verkehrsnetze)

### Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt der Stellungnahme zu und beauftragt die Verwaltung diese der Gemeinde Odelzhausen umgehend mitzuteilen.

**Abstimmungsergebnis: 14:0**

Frau Gemeinderätin Steinhart hat die Sitzung um 20:30 Uhr verlassen

## 9 Bauantrag zur Errichtung eines Ersatzbaus für ein landwirtschaftliches Hofgebäude auf Flst.- Nr. 208, Gemarkung Weitenried, Bayerzell 3, 85235 Pfaffenhofen a.d. Glonn

### Sachverhalt:

Der Antragsteller plant den Abriss einer bestehenden Halle und den Wiederaufbau einer landwirtschaftlichen Maschinen- und Gerätehalle mit insgesamt 9,99x20,99 m.

Das Vorhaben liegt im Geltungsbereich der Außenbereichssatzung Bayerzell, die jedoch nur Festsetzungen für Wohnzwecken dienenden Gebäude trifft.

Da das Vorhaben laut Flächennutzungsplan in einem Bereich für „Landwirtschaftliche Nutzfläche“ liegt, wird davon ausgegangen, dass es sich um ein privilegiertes Bauvorhaben für die Landwirtschaft handelt.

### Beschluss:

Dem Antrag wird unter der Voraussetzung der Privilegierung nach § 35 BauGB zugestimmt.

**Abstimmungsergebnis: 14:0**

## 10 Bauantrag zur Erweiterung des Erdgeschosses des Kinderhauses Egenburg durch Einbau einer Arztpraxis auf Flst.-Nr. 87/16 der Gemarkung Pfaffenhofen a.d. Glonn, Hauptstr. 50, 85235 Pfaffenhofen a.d. Glonn

**Sachverhalt:**

Das Bauvorhaben liegt im Geltungsbereich der 24. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Pfaffenhofen a.d. Glonn.

Die in der 24. Änderung des Flächennutzungsplanes getroffenen Bestimmungen bezüglich des Maßes der Bebauung (GRZ = 0,4; maximal 2 Vollgeschosse) werden eingehalten.

**Beschluss:**

Der Gemeinderat stimmt dem Bauantrag zu.

**Abstimmungsergebnis: 13:0**

Abstimmung ohne Frau Gemeinderätin Klein-Kennerknecht, diese hat den Saal verlassen.

## 11 Erweiterung der bestehenden PV – Anlagen auf dem Kläranlagengelände der Kläranlage Pfaffenhofen a. d. Glonn

**Sachverhalt:**

Auf dem Kläranlagengelände und dem zusammenhängenden Bauhofgelände befinden sich bereits folgende Anlagen.

Klärwärterhaus 10,80 kwp seit 2010

Bauhofhalle 58,88 kwp seit 2010

Energiehalle 99,68 kwp seit 2011

Feuerwehrhaus 57,12 kwp seit 2021

Nun wurde geprüft ob eine Montage auf dem Pumpenhaus sinnvoll in die bestehende Stromversorgung der Kläranlage eingebunden werden kann. Dies ist nach Prüfung möglich und sinnvoll. Aus diesen Grund bittet die Verwaltung auf dem Dach des Maschinenhauses eine PV Anlage mit einer Gesamtleistung von 10,80 kwp installieren zu dürfen.

Der erzeugte Strom wird vorrangig für den Betrieb der Kläranlage wie bereits der Strom der PV – Anlage auf dem Dach der Energiehalle verwendet.

**Beschluss:**

Die Verwaltung wird beauftragt Angebote für die komplette Montage einer PV – Anlage mit Wechselrichter und Einbindungsarbeiten in das Stromnetz der Kläranlage einzuholen und nach Prüfung an den günstigen Bieter zu vergeben.

**Abstimmungsergebnis: 12:0**

Abstimmung ohne Frau Gemeinderätin Klein-Kennerknecht, diese hat den Saal verlassen.

Abstimmung ohne Herrn Gemeinderat Mang diese hat den Saal verlassen.

## 12 Bestätigung der Wahl der Feuerwehrkommandanten der FFW Pfaffenhofen a.d. Glonn

**Sachverhalt:**

In der Feuerwehrversammlung der Freiwilligen Feuerwehr Pfaffenhofen a.d Glonn am 13.01.2023 wurde unter der Wahlleitung von Herrn 1. Bgm. Helmut Zech, Herr Christian Tratz zum 1.

Kommandanten und Herr Mathias Schwab zum Stellvertreter des 1. Kommandanten der Freiwilligen Feuerwehr Pfaffenhofen a.d. Glonn wiedergewählt.

Die Gemeinde Pfaffenhofen a.d. Glonn bedankt sich bei der Vorstandschaft für die Ausübung des Ehrenamtes.

**Beschluss:**

Der Gemeinderat bestätigt die Wahl von Herrn Christian Tratz zum 1. Kommandanten und Herrn Mathias Schwab zum Stellvertreter des 1. Kommandanten der Freiwilligen Feuerwehr Pfaffenhofen a.d. Glonn.

**Abstimmungsergebnis: 14:0**

## 13 Vollzug des Baugesetzbuches -BauGB-; 16. Änderung des Flächennutzungsplanes „Sachlicher Teilflächennutzungsplan Windkraft“

### 13.1 Behandlung der eingegangenen Stellungnahmen aus der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden §§ 3(1) und 4(1) BauGB

#### Sachverhalt:

Der Gemeinderat Pfaffenhofen a. d. Glonn hat in seiner Sitzung am 08.08.2022 beschlossen, den Aufstellungsbeschluss der 16. Änderung des Flächennutzungsplanes vom 08.11.2010 für die Darstellung von Konzentrationsflächen für Windkraftanlagen wieder aufzugreifen.

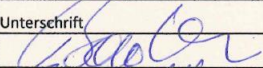
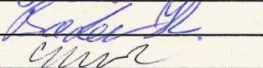
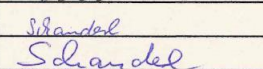
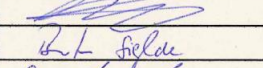
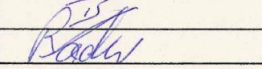
Der Vorentwurf zur 16. Änderung des Flächennutzungsplanes „Sachlicher Teilflächennutzungsplan Windkraft“ in der Fassung vom 08.08.2022 wurde vom Gemeinderat am 08.08.2022 gebilligt und die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange nach §§ 3 Abs. 1 und 4 Abs. 1 BauGB beschlossen.

Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange nach §§ 3 Abs. 1 und 4 Abs. 1 BauGB fand vom 26.09.2022 bis 26.10.2022 statt.

Die eingegangenen Stellungnahmen zur 16. Änderung des Flächennutzungsplanes werden in diesem Beschlussvorschlag behandelt.

Von Bürgern gingen folgende Stellungnahmen ein.

- Familie Resele, Klostergut Rettenbach 1, 86510 Baidlkirch
- Unterschriftenliste der Anwohner des Ortes Bayerzell gegen die geplante Windkraftanlage

Nr	Name, Anschrift	Unterschrift
1	Bader Wilhelm Bayerzell 6	
2	Bader Helga Bayerzell 6	
3	Schandel Mathi Bayerzell 1	
4	Schandel Elisabeth Bayerzell 1a	Schandel
5	Schandel Peter Bayerzell 1a	Schandel
6	Bader Mathilde Bayerzell 3	M. Bader
7	Breitsamer Martin Bayerzell 5	
8	Breitsamer Sieglide Bayerzell 5	Breitsamer
9	Breitsamer Siegfried Bayerzell 5	S. Breitsamer
10	Bader Beatrice Bayerzell 3	B. Bader
11	Bader Josef Bayerzell 3	J. Bader
12	Schandel Michaela Bayerzell 7	Schandel
13	Brümann Jan Bayerzell 7	
14	Bader Josefson	Bader

Folgende Träger öffentlicher Belange wurden beteiligt:

- Regierung von Oberbayern, Höhere Landesplanungsbehörde
- Regierung von Oberbayern, Luftamt Südbayern
- Regierung von Oberbayern, Gewerbeaufsichtsamt München
- Regionaler Planungsverband München
- Landratsamt Dachau, Bauleitplanung
- Landratsamt Dachau, Kreisbrandinspektion
- Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Fürstenfeldbruck
- Amt für Ländliche Entwicklung Oberbayern
- Wasserwirtschaftsamt München
- Bayerischer Bauernverband
- Bayerisches Landesamt für Denkmalpflege
- Bayerisches Landesamt für Umwelt
- Staatl. Bauamt Freising, Servicestelle München
- Staatl. Bauamt Augsburg
- Autobahn GmbH des Bundes, Niederlassung Südbayern
- DB Netz AG, Regionalbereich Süd
- IHK München
- Handwerkskammer für München und Oberbayern
- Münchner Verkehrs- und Tarifverbund GmbH (MVG)
- Amt für Digitalisierung, Breitband und Vermessung Dachau
- Bund Naturschutz in Bayern e. V.
- Landesbund für Vogelschutz, KG Dachau
- Bayerische Staatsforsten
- Bayernwerk AG
- Deutsche Telekom AG
- Energie Südbayern GmbH
- DFMG Deutsche Funkturm GmbH
- Telefonica O2 Germany GmbH & Co. OHG
- Vodafone Kabel Deutschland
- Bayernets GmbH
- Bundesaufsichtsamt für Flugsicherung
- Deutsche Flugsicherung GmbH
- Eisenbahn-Bundesamt
- Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr (BAIUDBw)
- Wehrbereichsverwaltung Süd
- Erzbischöfliches Ordinariat München
- Handelsverband Bayern e. V.
- Erholungsflächenverein e. V.
- Landeshauptstadt München, Stadtentwicklungsplanung
- Altonetz
- Zweckverband zur Wasserversorgung der Adelburggruppe
- Regierung von Schwaben, Raumordnung und Landesplanung
- Gemeinde Odelzhausen
- Gemeinde Ried
- Gemeinde Egenhofen
- Gemeinde Mittelstetten
- Gemeinde Eurasburg



Folgende Träger öffentlicher Belange haben keine Stellungnahme abgegeben:

- Landratsamt Dachau, Kreisbrandinspektion
- Amt für Ländliche Entwicklung Oberbayern
- Bayerischer Bauernverband
- Autobahn GmbH des Bundes, Niederlassung Südbayern
- DB Netz AG, Regionalbereich Süd
- Münchner Verkehrs- und Tarifverbund GmbH (MVV)
- Amt für Digitalisierung, Breitband und Vermessung Dachau
- Bund Naturschutz in Bayern e. V.
- Landesbund für Vogelschutz, KG Dachau
- Bayernwerk AG
- Deutsche Telekom AG
- Energie Südbayern GmbH
- DFMG Deutsche Funkturm GmbH
- Wehrbereichsverwaltung Süd
- Handelsverband Bayern e. V.
- Erholungsflächenverein e. V.
- Altonetz
- Regierung von Schwaben, Raumordnung und Landesplanung
- Gemeinde Mittelstetten
- Gemeinde Eurasburg

Folgende Träger öffentlicher Belange haben weder Anregungen noch Bedenken geäußert:

- Regierung von Oberbayern, Gewerbeaufsichtsamt München
- Handwerkskammer für München und Oberbayern
- Vodafone Kabel Deutschland
- Bayernets GmbH
- Erzbischöfliches Ordinariat München
- Landeshauptstadt München, Stadtentwicklungsplanung
- Zweckverband zur Wasserversorgung der Adelburggruppe
- Gemeinde Egenhofen

Folgende Träger öffentlicher Belange haben Stellungnahmen zur Flächennutzungsplanänderung abgegeben:

- Regierung von Oberbayern, Höhere Landesplanungsbehörde vom 26.10.2022
- Regierung von Oberbayern, Höhere Naturschutzbehörde vom 25.10.2022
- Regierung von Oberbayern, Luftamt Südbayern vom 27.09.2022
- Regionaler Planungsverband München vom 09.11.2022
- Landratsamt Dachau, Rechtliche Belange vom 10.10.2022
- Landratsamt Dachau, Technischer Umweltschutz vom 05.10.2022
- Landratsamt Dachau, Untere Naturschutzbehörde vom 27.10.2022
- Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Fürstfeldbruck vom 26.10.2022
- Wasserwirtschaftsamt München vom 26.10.2022
- Bayerisches Landesamt für Denkmalpflege vom 11.10.2022
- Bayerisches Landesamt für Umwelt vom 19.10.2022
- Staatl. Bauamt Freising, Servicestelle München vom 25.10.2022
- Staatl. Bauamt Augsburg vom 20.09.2022
- IHK München vom 12.10.2022
- Bayerische Staatsforsten vom 17.10.2022
- Telefonica O2 Germany GmbH & Co. OHG vom 10./11./13.10.2022
- Bundesaufsichtsamt für Flugsicherung vom 25.10.2022
- Deutsche Flugsicherung GmbH vom 12.10.2022
- Eisenbahn-Bundesamt vom 24.10.2022

- Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr (BAIUDBw) vom 21.09.2022
- Gemeinde Odelzhausen vom 26.10.2022
- Gemeinde Ried vom 18.10.2022

## **Beschluss:**

Der Gemeinderat nimmt die Ausführungen im Sachverhalt zur Kenntnis.

**Abstimmungsergebnis: 14:0**

### 13.1.1 Familie Resele, Klostergut Rettenbach 1, 86510 Baidlkirch

## **Sachverhalt:**

bzgl. des o.g. Vorhabens erheben wir hiermit massiven Widerspruch!

Die geplanten Windräder befinden sich gemäß Planung in unmittelbarer Nachbarschaft zu unserem Hof.

Im Rahmen der öffentlichen Sitzung vom 24.10.2022 in Egenburg wurde der Schattenwurf der geplanten Windräder vorgestellt. V.a. das südlich geplante Windrad betrifft uns hier in vollem Umfang und mit voller Wucht, da der Schatten komplett bis zu unserem Haus reicht. Dem Vorwand, dass hier mit entsprechender Abschaltautomatik gearbeitet werden kann, können wir nicht zustimmen.

Des Weiteren belegen zahlreiche Studien, dass der Infraschall sich schädlich auf die Gesundheit von Mensch und Tier auswirkt. Auch hier sehen wir den Abstand zu unserem Hof als deutlich zu gering an. Es gibt Belege, dass sich die Verwirbelungen von Windkraftanlagen teilweise bis zu 75 km Entfernung nachweisen lassen. Auf jeden Fall ist hier mit negativen Auswirkungen für unseren Wald zu rechnen. Bereits in näherer Umgebung kommt es zu Verwirbelungen im Luftbereich, die sich bei Windereignissen aufbauen und so die Sturmschäden im Wald deutlich ansteigen lassen. Außerdem ist damit zu rechnen, dass sich bei klimatischen Großereignissen, aber auch bereits bei Schneefall der Nassschnee aufgrund der Änderung des Klimas in unmittelbarer Umgebung in den Bäumen besser hält und damit vermehrt Schnee- und Windbruchgefahr für den Wald besteht.

Es gibt ferner Untersuchungen, die belegen, dass es in der Nähe von Windkraftanlagen zu einer Austrocknung der landwirtschaftlichen Flächen in der Umgebung kommt. Im Zuge zunehmender Dürreperioden und langanhaltenden Hitzeereignissen wollen wir unsere landwirtschaftlichen Flächen auf keinen Fall gefährden und eine Verschärfung der Anbauproblematiken verhindern.

Sowohl aus gesundheitlichen, als auch aus land- und forstwirtschaftlichen Gründen legen wir daher deutlichen Einspruch gegen die geplanten Standorte KF-W3 und KF-W4 für Windkraftanlagen ein.

## **Abwägung**

Es ist im Rahmen des Genehmigungsverfahrens sichergestellt, dass beim Schattenwurf die Grenzwerte der Zumutbarkeit (1/2 h pro Tag und 30 h pro Jahr) sowie Schall- und Infraschallgrenzwerte eingehalten werden.

Das Bayerische Landesamt für Umwelt (LfU) und das Bayerische Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (LGL) kommen in Ihrer Veröffentlichung zum Infraschall vom Juli 2022 zu dem Ergebnis, dass bei Windenergieanlagen keine negativen Auswirkungen durch Infraschall festgestellt werden können.

Es ist zu berücksichtigen, dass die Errichtung und Betrieb von Windenergieanlagen sowie den dazugehörigen Nebenanlagen im überragenden öffentlichen Interesse liegen und der öffentlichen Sicherheit dienen, so dass auch die weiteren vorgebrachten Bedenken zurückstehen müssen.

Die Gemeinde hält an den Standorten KF-W3 und KF-W4 fest.

## **Beschluss:**

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen und auf die im Rahmen des Genehmigungsverfahrens sicherzustellende Einhaltung der Grenzwerte zu Schattenwurf und Schall verwiesen. Die Gemeinde hält an den Standorten KF-W3 und KF-W4 fest.

# Gemeinde Pfaffenhofen a. d. Glonn

Beschlussbuch Seite 11

Sitzung des Gemeinderates vom 13.02.2023

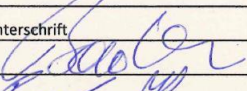
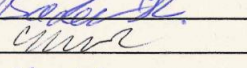
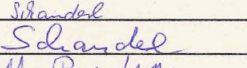

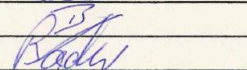
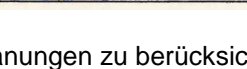
Öffentlicher Teil

**Abstimmungsergebnis: 13:1**

## 13.1.2 Unterschriftenliste der Anwohner des Ortes Bayerzell gegen die geplante Windkraftanlage

### Sachverhalt:

Hiermit möchten sich folgende Anwohner des Ortes Bayerzell mit Ihrer Unterschrift gegen den Bau der geplanten Windkraftanlage, aufgrund der unmittelbarer Nähe zum Ort Bayerzell aussprechen.

Nr	Name, Anschrift	Unterschrift
1	Bader Wilhelm Bayerzell 6	
2	Bader Helga Bayerzell 6	
3	Schandel Matha Bayerzell 1	
4	Schandel Elisabeth Bayerzell 1a	Schandel
5	Schandel Peter Bayerzell 1a	Schandel
6	Bader Mathilde Bayerzell 3	M. Bader
7	Breitsamer Martin Bayerzell 5	
8	Breitsamer Sieglinde Bayerzell 5	S. Breitsamer
9	Breitsamer Siegfried Bayerzell 5	S. Breitsamer
10	Bader Beatrice Bayerzell 3	B. Bader
11	Bader Josef Bayerzell 3	J. Bader
12	Schandel Michaela Bayerzell 7	Schandel
13	Brigmann Jan Bayerzell 7	
14	Bader Josefson	

Wir bitten Sie, dies in Ihren weiteren Planungen zu berücksichtigen.

### Abwägung

Es ist im Rahmen des Genehmigungsverfahrens sichergestellt, dass beim Schattenwurf die Grenzwerte der Zumutbarkeit (1/2 h pro Tag und 30 h pro Jahr) sowie Schall- und Infraschallgrenzwerte eingehalten werden.

Das Bayerische Landesamt für Umwelt (LfU) und das Bayerische Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (LGL) kommen in Ihrer Veröffentlichung zum Infraschall vom Juli 2022 zu dem Ergebnis, dass bei Windenergieanlagen keine negativen Auswirkungen durch Infraschall festgestellt werden können.

Es ist zu berücksichtigen, dass die Errichtung und Betrieb von Windenergieanlagen sowie den dazugehörigen Nebenanlagen im überragenden öffentlichen Interesse liegen und der öffentlichen Sicherheit dienen, so dass auch die weiteren vorgebrachten Bedenken zurückstehen müssen.

Die Gemeinde hält am Standort KF-W4 fest.

### Beschluss:

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen und auf die im Rahmen des Genehmigungsverfahrens sicherzustellende Einhaltung der Grenzwerte zu Schattenwurf und Schall verwiesen. Die Gemeinde hält am Standort KF-W4 fest.

**Abstimmungsergebnis: 13:1**

## 13.1.3 Regierung von Oberbayern, Höhere Landesplanungsbehörde vom 26.10.2022

### Sachverhalt:

Sachverhalt

Zu den o.a. Planungen wurde bereits mit Schreiben vom 22.04.2013 Stellung genommen und mit einer Fülle von fachlichen Hinweisen, insbesondere für etwaige Folgeverfahren, keine grundsätzlichen Einwände geäußert. Die Planungen wurden zwischenzeitlich nicht mehr weiterverfolgt und werden nun vor dem Hintergrund veränderter gesetzlicher Rahmenbedingungen wiederaufgenommen.

Im derzeit gültigen Flächennutzungsplan der Gemeinde ist keine Aussage zur Windkraftnutzung enthalten. Auch im Regionalplan der Region München (RP 14) sind keine Gebiete bestimmt, die zur Errichtung von Windkraftanlagen in Frage kommen bzw. Bereiche, die mit entsprechenden Ausschlusskriterien versehen sind. Ebenso existieren keine Festlegungen im RP 14, aus denen sich konkrete Vorgaben für eine Standortwahl von Windenergieanlagen ableiten ließen.

Die Identifizierung der Konzentrationszonen Windkraft bei der o.g. Bauleitplanung erfolgt über eine hierarchisch aufgebaute Anwendung sog. harter und weicher Tabuzonen auf das gesamte Gemeindegebiet. Es ergeben sich vier Areale, in denen sich, auf insgesamt 5 Teilflächen verteilt, Konzentrationszonen befinden. Als Referenzanlage wird der Planung eine ca. 250 m hohe Anlage mit einer Nabenhöhe von ca. 166 m, einem Rotorradius von ca. 80 m und einem Referenzschallpegel von 106,8 dB (A) zugrunde gelegt. Die Konzentrationszonen befinden sich sowohl auf Waldflächen als auch im Offenland. Gemäß den Planunterlagen ist laut Bayerischem Windatlas von 2021 im Bereich der Konzentrationszonen in einer Höhe von 160 m Höhe mit Windgeschwindigkeiten von 5,7 m pro Sekunde aufwärts zu rechnen.

Die Summe der Konzentrationsflächen umfasst etwa 40,8 ha, was einem Anteil von rund 1,95 % des Hoheitsgebietes entspricht. Für das übrige Gemeindegebiet außerhalb der Konzentrationszonen soll ein Ausschluss der Windkraftnutzung wirksam sein.

## Erfordernisse der Raumordnung

### Energieversorgung

Gemäß Grundsatz 1.3.1 im Landesentwicklungsprogramm Bayern (LEP) soll den Anforderungen des Klimaschutzes insbesondere auch durch die verstärkte Erschließung und Nutzung erneuerbarer Energien Rechnung getragen werden. Generell gilt es, nach LEP-Ziel 6.2.1 erneuerbare Energien verstärkt zu erschließen und zu nutzen (vgl. hierzu auch Grundsatz B IV im RP 14). Gemäß RP 14-Grundsatz B IV G 7.7 sollen kommunale Windkraftplanungen gefördert werden, weil Windenergie als eine ideale Ergänzung zur Nutzung der Sonnenenergie und als Baustein zur dezentralen Versorgung anzusehen ist (vgl. Begründung zu RP 14-Grundsatz B IV G 7.7). Zudem ist zu berücksichtigen, dass nach RP 14-Grundsatz B IV 7.1 die Energieerzeugung langfristig finanziell tragfähig, sicher, umwelt- und klimaverträglich und für die Verbraucher günstig sein soll.

### Natur- und Freiraumschutz

Zu berücksichtigen ist, dass nach LEP-Grundsatz 7.1.3 Freileitungen, Windkraftanlagen und andere weithin sichtbare Bauwerke insbesondere nicht in schutzwürdigen Tälern und auf landschaftsprägenden Geländerrücken errichtet werden sollen. Zudem sind in Karte 2 „Siedlung und Versorgung“ des RP 14 im Gemeindegebiet von Pfaffenhofen a.d. Glonn entlang der Verläufe von Glonn und Umbach Biotopverbundsachsen festgelegt. Hier gilt es, den regionalen Biotopverbund durch Siedlungsvorhaben und größere Infrastrukturmaßnahmen nicht zu unterbrechen, außer durch Planungen und Maßnahmen im Einzelfall, sofern sie nicht zu einer Isolierung bzw. Abriegelung wichtiger Kernlebensräume führen und der Artenaustausch ermöglicht bleibt.

### Forstwirtschaft

Gemäß LEP-Grundsatz 5.4.2 sollen große zusammenhängende Waldgebiete, Bannwälder und landschaftskulturell oder ökologisch besonders bedeutsame Wälder vor Zerschneidungen und Flächenverlusten bewahrt werden.

### Bewertung

Mit Blick auf die landes- und regionalplanerischen Zielsetzungen zur verstärkten Erschließung und Nutzung von erneuerbaren Energien ist die vorliegende Bauleitplanung als Positivsteuerung von Windkraftanlagen grundsätzlich zu begrüßen. Die angewandte Methodik zur Identifizierung der Konzentrationszonen erscheint aus landesplanerischer Sicht grundsätzlich nachvollziehbar. Allerdings ist darauf hinzuweisen, dass Abbaugelände nicht per se einen generellen Ausschluss für Windkraftanlagen begründen, dies gilt ebenso für Landschaftsschutzgebiete.

Auch bleibt festzuhalten, dass endgültige Auswirkungen im Hinblick auf Einsehbarkeit bzw. Fernsicht potenzieller Windkraftanlagen in den geplanten Konzentrationszonen aus landesplanerischer Sicht nicht abschließend eingeschätzt werden können, da in den vorgelegten Unterlagen keine Angaben zur Situierung innerhalb der Konzentrationszonen, sowie zur Anzahl, Höhe, Gruppierung der Windkraftan-

lagen etc. enthalten sind. Dies kann erst in einem projektbezogenen Verfahren zu konkreten Standorten beurteilt werden.

Um sicherzustellen, dass die schutzwürdigen Belange der Tier- und Pflanzenwelt, insbesondere des Vogel- sowie des Fledermausschutzes, hinreichend beachtet werden, kommt den Hinweisen und Maßnahmen in der beiliegenden Stellungnahme der höheren Naturschutzbehörde eine besondere Bedeutung zu. Zudem bitten wir, hinsichtlich der Bewertung potenzieller Wirkungen auf forstwirtschaftliche Belange sowie auf Landschaftsbild, touristischen Erholungswert und Blickbeziehungen zu landschaftsprägenden Denkmälern die o.g. Bauleitplanung fachbehördlich abzustimmen.

## Ergebnis

Die geplante Darstellung der Konzentrationszonen steht den Erfordernissen der Raumordnung grundsätzlich nicht entgegen. Die Hinweise zur fachbehördlichen Abstimmung zu Belangen von Forstwirtschaft, Landschaftsbild und Denkmalschutz bitten wir zu berücksichtigen. Ebenso bitten wir die naturschutzfachlichen Hinweise aufzugreifen.

Darüber hinaus weisen wir darauf hin, dass die Vereinbarkeit eines konkreten Windkraft- Vorhabens mit den einschlägigen Erfordernissen der Raumordnung erst in den Folgeverfahren anhand detaillierter projektbezogener Planunterlagen beurteilt werden kann. Wir bitten um Beteiligung in weiteren Verfahren. Bei konkreten Vorhaben zur Errichtung von Windkraftanlagen ist auch innerhalb einer Konzentrationszone zunächst zu prüfen, ob gegebenenfalls gem. Art. 24 BayLplG eine planerische Überprüfung durch ein Raumordnungsverfahren erforderlich ist. In diesem Fall bitten wir mit uns frühzeitig Kontakt aufzunehmen. Ergänzend weisen wir darauf hin, dass gem. § 14 Abs. 1 LuftVG Bauwerke über 100 m der Zustimmung der Luftfahrtbehörde bedürfen.

## **Abwägung**

Die Gemeinde nimmt die grundsätzliche Zustimmung der Regierung zur Darstellung der Konzentrationsflächen für Windkraft zur Kenntnis und bedankt sich für den Hinweis, dass Abbaugebiete und Landschaftsschutzgebiete nicht per se einen generellen Ausschluss für Windkraftanlagen begründen und somit nicht in der harten sondern in der weichen Tabuzone darzustellen wären. Am Ergebnis der Konzentrationsflächen ändert dies nichts.

Die Regierung von Oberbayern wird auch in den Folgeverfahren zu konkreten Windkraftstandorten beteiligt. Die allgemeinen Hinweise zur Berücksichtigung der fachbehördlichen Abstimmung zu Belangen von Forstwirtschaft, Landschaftsbild und Denkmalschutz und die naturschutzfachlichen Hinweise nimmt die Gemeinde Pfaffenhofen a. d. Glonn zur Kenntnis. Die entsprechenden Fachbehörden wurden genauso wie die Luftfahrtbehörden ebenfalls am Verfahren beteiligt. Zur Stellungnahme der höheren Naturschutzbehörde erfolgt eine eigene Abwägung.

Gemäß dem Entwurf der LEP-Teilfortschreibung vom 15.11.2022, der am 22.11.2022 beschlossen wurde, liegen die Errichtung und der Betrieb von Windenergieanlagen im überragenden öffentlichen Interesse. Das Windenergieflächenbedarfsgesetz gibt vor, dass bis zum 31.12.2027 1,1 % der Landesfläche Bayerns und bis zum 31.12.2032 1,8 % der Landesfläche Bayerns als Flächen für Windenergie an Land auszuweisen sind. Gemäß § 2 und § 4 WindBG sind u. a. auch Sonderbauflächen und Sondergebiete in Flächennutzungs- und Bebauungsplänen Windenergiegebiete, die auf den Flächenbeitragswert anrechenbar sind.

Die Durchführung eines Raumordnungsverfahrens (landesplanerische Überprüfung) ist gemäß Art. 24 Abs. 1 BayLplG erforderlich, wenn ein Vorhaben von erheblicher überörtlicher Raumbedeutsamkeit ist. Dies kommt bei Windkraftanlagen insbesondere dann in Betracht, wenn ein Vorhaben eine größere Anzahl von Windrädern umfasst und ist ggf. im konkreten Antragsverfahren zu berücksichtigen.

Es ist bei der Abwägung zu berücksichtigen, dass die Errichtung und der Betrieb von Windenergieanlagen sowie den dazugehörigen Nebenanlagen im überragenden öffentlichen Interesse liegen und der öffentlichen Sicherheit dienen.

## **Beschluss:**

Die grundsätzlich zustimmende Stellungnahme der Regierung von Oberbayern als Höhere Landesplanungsbehörde wird zur Kenntnis genommen und auf die Stellungnahmen der bereits beteiligten Fachbehörden verwiesen. Die Aspekte der landesplanerischen Überprüfung, faunistische Untersuchungen, Maßnahmen zur Minimierung und Vermeidung, finden bei der konkreten Anlagenplanung Beachtung.

**Abstimmungsergebnis: 14:0**

## 13.1.4 Regierung von Oberbayern, Höhere Naturschutzbehörde vom 25.10.2022

### Sachverhalt:

#### 1. Anlass

Die derzeitigen Planungen zu Ausweisungen von Konzentrationsflächen für Windenergieanlagen (im Folgenden WEA) wurden bereits 2012 durch die Gemeinde Pfaffenhofen an der Glonn in die Wege geleitet. Der Umweltbericht (brugger 2022<sup>1</sup>) führt hierzu aus: „Bereits im Jahr 2012 hat sich die Gemeinde mit dem Thema Windkraft befasst, eine Standortanalyse für das ganze Gemeindegebiet durchgeführt und eine Änderung des Flächennutzungsplanes zur Darstellung von Konzentrationsflächen für Windkraftanlagen vorbereitet.“

Die Konzentrationsflächen KF-W1, KF-W2.1 und KF-W2.2 sind deckungsgleich zu den 2012 beschriebenen Flächen. KF-W3 ist in Teilen deckungsgleich mit der damaligen Fläche KF-W 3.3 und die KF-W4 mit der damaligen Fläche KF-W4.1. Gründe für die Verringerung der Anzahl und Verkleinerung der Flächen sind unter 7.6 im Umweltbericht<sup>1</sup> dargestellt.

#### 2. Allgemeine naturschutzfachliche Einschätzung

In der Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB zum sTFNP in der Fassung vom Oktober 2012 werden die einzelnen Konzentrationsflächen auf ihre Auswirkungen auf die Umwelt hin beschrieben. Als Grundlage hierfür wird das ABSP für den Landkreis Dachau sowie die Artenschutzkartierung (ASK) des LfU verwendet. Eigene Erfassungen wurden nicht durchgeführt (S. 5 der Umweltprüfung Stand Oktober 2012)<sup>2</sup>.

Unter Kap. 5.2 der Umweltprüfung werden schutzgutbezogene Prognosen durchgeführt. Für das Schutzgut ‚Arten und Biotope‘ wird zutreffend ausgeführt, dass insbesondere bei Konzentrationsflächen im Wald von einem Vorkommen von kollisionsgefährdeten Fledermausarten auszugehen ist.

Eine artenschutzrechtliche Prüfung ist allerdings weder Gegenstand der Unterlagen von 2012 noch der Unterlagen von 2022. Es wird hierzu im Wesentlichen auf nachgeordnete Verfahren verwiesen.

Da in den vorliegenden Unterlagen der Artenschutz nicht vertiefend abgehandelt wurde, handelt und es sich nicht um einen Flächennutzungsplan im Sinne des § 45 b Abs. 8 Nr. 2 b) BNatSchG. Ebenso fand keine erneute Betrachtung der Schutzgüter im aktuellen Umweltbericht statt. Es wird daher der damalige Umweltbericht (brugger 2012<sup>2</sup>) einschließlich der „Umweltprüfung“ zu Grunde gelegt, um die Auswirkungen auf Natur und Landschaft (hier v. a. in Bezug auf kollisionsgefährdete Arten ‚besonderer Artenschutz‘) zu beurteilen. In diesem Zusammenhang wird auch auf die Stellungnahme von Sachgebiet 51 (Regierung von Oberbayern) vom 17.04.2013 verwiesen, die in ihren Wesentlichen fachlichen Aussagen insbesondere zum Vorkommen kollisionsgefährdeter Arten nach wie vor Gültigkeit besitzt.

Ein späterer Bau sowie die Anlage und der Betrieb von WEA in den Konzentrationsflächen sind geeignet, bau-, anlage-, und betriebsbedingte Eingriffe in Natur und Landschaft mit erheblichen Beeinträchtigungen gemäß § 14 Absatz 1 BNatSchG auszulösen. Ebenso kann es durch Bau, die Anlage und den Betrieb zur Verwirklichung von Verbotstatbeständen im Sinne des § 44 Abs. 1 BNatSchG (‚Zugriffsverbote‘) kommen. Hierbei kann es insbesondere durch den Betrieb von WEA zur Erfüllung der Verbotstatbestände nach § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG (‚Tötung‘), § 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG (‚Störung‘) sowie § 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG (‚Schädigung‘) von besonders und streng geschützten Fledermaus- und Vogelarten bzw. deren Fortpflanzungs- und Ruhestätte kommen.

Nicht Gegenstand des Umweltberichtes<sup>2</sup> sind generelle Maßnahmen zur Vermeidung und Minimierung von Zugriffsverboten nach § 44 Absatz 1 Nr. 1 BNatSchG. Diese sind für die Vermeidung und Minimierung der betriebsbedingten Tötung europäisch geschützter Tierarten in nachgeordneten Verfahren zwingend aufzunehmen.

Standort unabhängige Vermeidungs-, und Minimierungsmaßnahmen sind:

- Unattraktive Gestaltung des Turmfußes und der Kranstellfläche. Ziel ist, diese Flächen für Greifvögel schlecht einsehbar und damit unattraktiv zu gestalten. Hierzu sind entsprechende Bepflanzungs- bzw. Unterhaltungsmaßnahmen vorzusehen. Möglich ist beispielsweise die Bepflanzung des Turmfußes mit den Boden bedeckender, dorniger

Vegetation. Auf Kurzrasenvegetation sowie zu mähende Vegetation ist in jedem Fall zu verzichten.

- Grünliche oder bräunliche Einfärbung der untersten 20 m des Turms, um Kollisionen von Vögeln durch Anflüge an den Masten der WEA zu vermeiden.
- Keine Verwendung von Gittermasten, da diese als Ansitzwarten dienen können.
- Unterirdische Ableitung des Stroms, um Ansitzwarten und Kollisionen mit Elektroleitungen zu vermeiden.
- Vergitterung (Maschenweite max. 1cm) der Gondelöffnungen um ein Einfliegen von Fledermäusen zu vermeiden.

In der nachfolgenden Flächenbeurteilung beschränkt sich SG51 auf den besonderen Artenschutz hinsichtlich betriebsbedingter Kollisionen an WEA (Fledermäuse/Vögel) und trifft Prognosen über die möglichen und sehr wahrscheinlichen Auswirkungen von WEA in den geplanten Konzentrationsflächen insbesondere zu den Zugriffsverboten des § 44 Absatz 1 BNatSchG. Hierzu wurden ausschließlich Daten verwendet, die SG 51, zum jetzigen Zeitpunkt bekannt waren. Im Wesentlichen handelt es sich dabei um substantiierte Zufallsbeobachtungen sowie Daten der Artenschutzkartierungen.

Diese Stellungnahme und die von Sachgebiet 51 verwendeten Daten ersetzen keine konkreten Erfassungen und Bewertungen vor Ort, die für nachfolgende Verfahren zwingend erforderlich werden.

Dies gilt insbesondere auch für weitere Maßnahmen zur Vermeidung und Minimierung der Erheblichkeit sowie der Erfüllung artenschutzrechtlicher Verbotstatbestände. Entsprechend gilt dies auch für Maßnahmen zur Kompensation oder von CEF und FCS– Maßnahmen.

Besteht die Wahrscheinlichkeit eines regelmäßigen Vorkommens von Fledermausarten in den geplanten Konzentrationszonen, so wird auf die Ausführungen zur Erforderlichkeit von tiefergehenden Untersuchungen im BayWEE (Kap. 8.4.2) hingewiesen. Es ist davon auszugehen, dass ein ‚Gondelmonitoring‘ in allen Konzentrationsflächen aufgrund der Lage im Wald sowie der Strukturausstattung erforderlich sein wird. Für eine geeignete Durchführung wird auf die Empfehlungen der Anlage sieben des BayWEE verwiesen. Von besonderer Bedeutung ist in diesem Zusammenhang die Verwendung geeigneter Hard- und Software (in den jeweils aktuellen Versionen), um Auswertungen nach dem aktuellen Stand der Wissenschaft durchführen zu können. Details diesbezüglich sind ebenfalls in den nachfolgenden Verfahren zu regeln.

Hinsichtlich der Beurteilung des Kollisionsrisikos sei auf die Neuregelungen im BNatSchG (45b Abs. 1 bis 6 BNatSchG) hingewiesen, die, sofern nicht ausdrücklich vom Antragsteller verlangt, vorerst noch keine Anwendung finden (siehe hierzu § 74 Abs. 4 BNatSchG).

Unabhängig hiervon, findet der BayWEE (bis einschließlich 31.08.2023) Anwendung, sofern er nicht im Widerspruch zur neuen Rechtslage steht. Dies gilt unserer Auffassung nach auch für die Methodik zur Ermittlung des Kollisionsrisikos (einschließlich der Fixpunktbeobachtung zur Analyse der Raumnutzung), da entsprechende Ausführungen/Verordnungen des Bundes zum methodischen Vorgehen bisher nicht existieren.

Auf darüber hinaus gehende naturschutzfachliche relevante Aspekte (z. B. Biotopschutz, Landschaftsbild etc.) wird in der Stellungnahme der unteren Naturschutzbehörde am Landratsamt Dachau eingegangen, auf die an dieser Stelle verwiesen wird.

### 3. Naturschutzfachliche Einschätzung der konkreten Konzentrationsflächen in Bezug auf den besonderen Artenschutz

Die Bewertung der einzelnen Konzentrationsflächen erfolgt in einer dreistufigen Skala:

- In ‚grundsätzlich geeigneten Gebieten‘ (1 Fläche) sind auf der Grundlage der vorliegenden Daten und Kenntnisse der Naturschutzverwaltung mit hoher Wahrscheinlichkeit keine artenschutzrechtlichen Zugriffsverbote nach § 44 Absatz 1 BNatSchG erfüllt.
- In ‚grundsätzlich sensiblen Gebieten‘ (4 Fläche) besteht auf der Grundlage der vorliegenden Daten und Kenntnisse der Naturschutzverwaltung eine begründete Wahrscheinlichkeit für die Erfüllung von artenschutzrechtlichen Zugriffsverboten des § 44 Absatz 1 BNatSchG.
- In ‚grundsätzlichen Ausschlussgebieten‘ (keine Fläche) besteht auf der Grundlage der vorliegenden Daten und Kenntnisse der Naturschutzverwaltung eine hohe Wahrscheinlichkeit für die Erfüllung von artenschutzrechtlichen Zugriffsverboten des § 44 Absatz 1 BNatSchG. Es liegen Daten oder Kenntnisse zum Artenschutz vor, die dem Belang der Windkraft aktuell entgegenstehen und auf dieser Grundlage einen Verbotstatbestand des § 44 Absatz 1 BNatSchG begründen.

## KF-W1 - grundsätzlich sensibles Gebiet

Es liegen Daten zum Vorkommen kollisionsgefährdeter Brutvogelarten vor:

- Für den betroffenen TK Quadranten 7632-4 wird der Baumfalke als Brutvogel aufgeführt. Nach Kenntnissen der Naturschutzbehörden befindet sich der Nachweis in einer Entfernung > 4.000 Meter zu der geplanten Konzentrationsfläche.
- Weitere Sichtungen jüngerer Vergangenheit liegen in deutlich geringerer Entfernung (August 2014 gut 1 km nördlich, Mai 2000 gut 3 km westlich der gegenständlichen Fläche).
- Aufgrund der im Luftbild zu erkennenden strukturellen Veränderungen (offensichtlich erhöhter Anteil an Rodungsflächen, (Wald-)Verjüngungsflächen, ist nach wie vor begründet mit einem Auftreten der Art zu rechnen.
- Mindestens in einem nachgeordneten Verfahren müssen hierzu entsprechende, geeignete Untersuchungen (saP) durchgeführt werden. Es besteht die Wahrscheinlichkeit eines erhöhten Tötungsrisikos nach § 44 Absatz 1 Nr. 1 BNatSchG für eine kollisionsgefährdete Brutvogelart.

Zudem muss in der Konzentrationsfläche aufgrund der strukturellen Ausstattung mit einem erhöhten Vorkommen von kollisionsgefährdeten Fledermausarten gerechnet werden, sodass mit hoher Wahrscheinlichkeit ein Gondelmonitoring durchzuführen ist, um einen "fledermausfreundlichen Betrieb" zu gewährleisten und das Eintreten von Verbotstatbeständen zu vermeiden.

## KF-W2. 1 und KF-W2.2 - grundsätzlich sensible Gebiete

Es liegen Daten zum Vorkommen kollisionsgefährdeter Brutvogelarten vor:

- Für den betroffenen TK Quadranten 7632-4 wird der Baumfalke als Brutvogel aufgeführt. Nach Kenntnissen der Naturschutzbehörden befindet sich der Nachweis in einer Entfernung > 3.000 Meter zu den geplanten Konzentrationsflächen.
- Weitere Sichtungen jüngerer Vergangenheit liegen in deutlich geringerer Entfernung (August 2014 gut 2 km nordöstlich, Mai 2000 knapp 2 km nordwestlich der gegenständlichen Flächen).
- Aufgrund der im Luftbild zu erkennenden strukturellen Veränderungen (offensichtlich erhöhter Anteil an Rodungsflächen, (Wald-)Verjüngungsflächen, ist nach wie vor begründet mit einem Auftreten der Art zu rechnen.
- Mindestens in einem nachgeordneten Verfahren müssen hierzu entsprechende, geeignete Untersuchungen (saP) durchgeführt werden. Es besteht die Wahrscheinlichkeit eines erhöhten Tötungsrisikos nach § 44 Absatz 1 Nr. 1 BNatSchG für eine kollisionsgefährdete Brutvogelart.

Zudem muss in der Konzentrationsfläche aufgrund der strukturellen Ausstattung mit einem erhöhten Vorkommen von kollisionsgefährdeten Fledermausarten gerechnet werden, sodass mit hoher Wahrscheinlichkeit ein Gondelmonitoring durchzuführen ist, um einen "fledermausfreundlichen Betrieb" zu gewährleisten und das Eintreten von Verbotstatbeständen zu vermeiden.

## KF-W3 - grundsätzlich sensibles Gebiet

Es liegen Daten zum Vorkommen kollisionsgefährdeter Brutvogelarten vor:

- Für den betroffenen TK Quadranten 7632-4 wird der Baumfalke als Brutvogel aufgeführt. Nach Kenntnissen der Naturschutzbehörden befindet sich der Nachweis in einer Entfernung > 4.000 Meter zu der geplanten Konzentrationsfläche.
- Weitere Sichtungen jüngerer Vergangenheit liegen in deutlich größerer Entfernung (über 2 km).
- Es liegen Beobachtungen von der Art Rotmilan, Schwarzmilan und Rohrweihe zur Brutzeit vor und zwar in Entfernung zwischen 1 km und 3 km zu der Konzentrationsfläche.
- Mindestens in einem nachgeordneten Verfahren müssen hierzu entsprechende, geeignete Untersuchungen (saP) durchgeführt werden. Es besteht die Wahrscheinlichkeit eines erhöhten Tötungsrisikos nach § 44 Absatz 1 Nr. 1 BNatSchG für eine kollisionsgefährdete Brutvogelart.
- Die Konzentrationsfläche ist Teil eines größeren Waldgebietes mit einem sicheren Brutnachweis für die Hohltaube. Diese Art ist ein Höhlenbrüter, entsprechend sind bei der Standortwahl Fortpflanzungs- und Ruhesätten dieser Art (Baumhöhlen) für die Vermeidung des Schädigungsverbotes nach § 44 Absatz 1 Nr. 3 BNatSchG zu schonen.

Weiterhin gilt die Hohltaube als lärmempfindliche Vogelart gegenüber einem kontinuierlichen Lärm von 58 dB(A)tags. Eine entsprechende Störung, die zur Beeinträchtigung der Fortpflanzungs- und Ruhestätte führt, ist bei dem Betrieb von WEA möglich.



Zudem muss in der Konzentrationsfläche aufgrund der strukturellen Ausstattung mit einem erhöhten Vorkommen von kollisionsgefährdeten Fledermausarten gerechnet werden, sodass mit hoher Wahrscheinlichkeit ein Gondelmonitoring durchzuführen ist, um einen "fledermausfreundlichen Betrieb" zu gewährleisten und das Eintreten von Verbotstatbeständen zu vermeiden.

#### KF-W4 - grundsätzlich geeignetes Gebiet

- Für den betroffenen TK Quadranten 7632-4 wird der Baumfalke als Brutvogel aufgeführt. Nach Kenntnissen der Naturschutzbehörden befindet sich ein Brutnachweis in einer Entfernung von ca. 3.000 Metern zu der geplanten Konzentrationsfläche.

Zudem muss in der Konzentrationsfläche aufgrund der strukturellen Ausstattung mit einem erhöhten Vorkommen von kollisionsgefährdeten Fledermausarten gerechnet werden, sodass mit hoher Wahrscheinlichkeit ein Gondelmonitoring durchzuführen ist, um einen "fledermausfreundlichen Betrieb" zu gewährleisten und das Eintreten von Verbotstatbeständen zu vermeiden.

<sup>1</sup> Brugger Landschaftsarchitekten, Stadtplaner, Ökologen (2022): Gemeinde Pfaffenhofen an der Glonn; 16. Änderung des Flächennutzungsplanes, Sachlicher Teilflächennutzungsplan Windkraft; Umweltbericht mit Stand vom 08.08.2022

<sup>2</sup> Brugger Landschaftsarchitekten, Stadtplaner, Ökologen (Oktober 2012): Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB

#### **Abwägung**

##### Zur allgemeinen naturschutzfachlichen Einschätzung:

Eine Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB war in den Unterlagen zur frühzeitigen Beteiligung nach § 3 Abs. 1 und § 4 Abs. 1 BauGB noch nicht enthalten. Diese wird zum nächsten Verfahrensschritt nachgereicht. Im Wesentlichen besitzen die Aussagen aus der Umweltprüfung vom Oktober 2012 noch Gültigkeit. Bestandteil der Umweltprüfung ist neben den anderen Schutzgütern auch das Schutzgut Arten und Biotope.

Grundsätzlich muss im Zuge des nachfolgenden Verfahrens (B-Plan / immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren) eine spezielle artenschutzrechtliche Prüfung mit konkreten Erfassungen und Bewertungen vor Ort durchgeführt werden. Auf der Planungsebene des Flächennutzungsplans kann dies nicht geleistet werden, da dieser zunächst nur die generelle Standortfindung regelt.

Die Maßnahmen zur Vermeidung und Minimierung von Zugriffsverboten nach § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG finden bei der konkreten Anlagenplanung Beachtung. Auch ggf. erforderliche Maßnahmen zur Kompensation oder CEF- und FCS-Maßnahmen (vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen / Maßnahmen zur Sicherung des Erhaltungszustands) sind Bestandteil der nachfolgenden Planungsebene. Genauso wie ein aufgrund von evtl. Vorkommen kollisionsgefährdeter Fledermausarten erforderliches „Gondelmonitoring“.

Der Hinweis auf die Neuregelungen in § 45b Abs. 1 bis 6 BNatSchG hinsichtlich der Beurteilung des Kollisionsrisikos wird zur Kenntnis genommen.

##### Zur naturschutzfachlichen Einschätzung der konkreten Konzentrationsflächen in Bezug auf den besonderen Artenschutz:

Die Höhere Naturschutzbehörde an der Regierung von Oberbayern hat die Konzentrationsflächen auf Grundlage der vorhandenen naturschutzfachlichen Daten (im Wesentlichen substantiierte Zufallsbeobachtungen sowie Daten der Artenschutzkartierungen) und den Vorgaben des Bayerischen Windenergieerlasses im Hinblick auf das Kollisionsrisiko und die Zugriffsverbote des § 44 Abs. 1 BNatSchG bewertet.

KF-W 4 stuft die Höhere Naturschutzbehörde als „grundsätzlich geeignetes Gebiet“ ein. Hier ist nur ein Brutvorkommen des Baumfalken in einer Entfernung von ca. 3.000 m zu der geplanten Konzentrationsfläche bekannt.

Die Konzentrationsflächen KF-W1, KF-W2.1 und KF-W2.2 sowie KF-W3 werden aufgrund von Nachweisen des Baumfalken in einer Entfernung von 1 bis 3 km zu den geplanten Konzentrationsflächen, sowie bei KF-W3 zusätzlich der Arten Rotmilan, Schwarzmilan und Rohrweihe von der Höheren Naturschutzbehörde als „grundsätzlich sensibles Gebiet“ beurteilt.

Die Erfüllung von artenschutzrechtlichen Zugriffsverboten des § 44 Absatz 1 BNatSchG ist daher möglich.

„Grundsätzliche Ausschlussgebiete“ sind nicht benannt.

Die jeweils aufgeführten Abstände zu möglichen Vorkommen der Vogelarten und die damit verbundenen möglichen Auswirkungen auf diese Arten müssen bei der konkreten Standortplanung (B-Plan/immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren) untersucht und ggf. entsprechende Maßnahmen getroffen werden. Dies gilt analog für potentiell vorkommende kollisionsgefährdete Fledermausarten. Sind bei der konkreten Anlagenplanung Vorkommen der Hohltaube betroffen, sei es durch Brutstättenverlust oder lärmbedingte Störung, ist dies entsprechend zu berücksichtigen.

## Beschluss:

Die Gemeinde Pfaffenhofen a. d. Glonn nimmt die grundsätzlichen naturschutzfachlichen Hinweise zur Kenntnis und verweist auf den im nächsten Verfahrensschritt nachzureichenden Umweltbericht sowie das nachfolgende Bebauungsplanverfahren/immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren.

Eine spezielle artenschutzrechtliche Prüfung mit konkreten Erfassungen und Bewertungen vor Ort ist auf der nachfolgenden Planungsebene (B-Plan / immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren) zu erarbeiten.

**Abstimmungsergebnis: 14:0**

## 13.1.5 Regierung von Oberbayern, Luftamt Südbayern vom 27.09.2022

### Sachverhalt:

#### 1. Bauschutzbereiche und ziviler Flugbetrieb:

Sämtliche Konzentrationsflächen befinden sich außerhalb von Bauschutzbereichen von Flugplätzen. Ohne eine Überprüfung und Stellungnahme durch die Deutsche Flugsicherung GmbH (DFS), die bei Bauwerken ab einer Höhe von 100 m ü. Grund (Regelfall bei Windkraftanlagen) im Genehmigungsverfahren verpflichtend zu beteiligen ist, kann vom Luftamt Südbayern zu den Auswirkungen auf den zivilen Flugbetrieb keine abschließende Bewertung vorgenommen werden.

Das Luftamt Südbayern empfiehlt Ihnen deshalb die Beteiligung der Deutschen Flugsicherung GmbH (DFS, Adresse: Am DFS-Campus in 63225 Langen) als Träger öffentlicher Belange, da etwaige Interessen der DFS vom Luftamt Südbayern nicht wahrgenommen werden können.

#### 2. Schutz von Flugsicherungseinrichtungen (§ 18a LuftVG):

Vom Bauschutzbereich eines Flugplatzes zu unterscheiden sind die Anlagenschutzbereiche der Flugsicherungseinrichtungen. Flugsicherungseinrichtungen befinden sich nicht nur in der Nähe von Flugplätzen, sondern verteilen sich auf dem gesamten Gebiet der Bundesrepublik Deutschland. Flugsicherungseinrichtungen sind z. B. UKW-Drehfunkfeuer (VOR), Entfernungsmessgeräte (DME) oder Radaranlagen. Bauwerke und Gelände in ihrer Umgebung können Störungen verursachen. Zum Schutz vor etwaigen Störungen sind um diese Flugsicherungseinrichtungen Schutzbereiche, sogenannte "Anlagenschutzbereiche" eingerichtet. Bauwerke, die innerhalb dieser Bereiche errichtet werden sollen, werden daraufhin geprüft, ob sie bei Flugsicherungseinrichtungen Störungen verursachen können.

Nur weil ein Bauwerk innerhalb eines Anlagenschutzbereichs liegt, ist dessen Bau nicht per se ausgeschlossen, erfordert aber eine Prüfung und Entscheidung/Genehmigung durch das Bundesaufsichtsamt für Flugsicherung (BAF) nach § 18a LuftVG.

Ob ein Bauwerk innerhalb eines Anlagenschutzbereichs liegt, kann mit der interaktiven [2D-Karte](#) und noch exakter mit der [3D-Vorprüfung](#) auf der Homepage des BAF geprüft werden.

Demnach befinden sich sämtliche Konzentrationszonen innerhalb eines Anlagenschutzbereichs (KF-W 3 nur teilweise) und die obigen Ausführungen sind zu beachten.

Wir empfehlen deshalb das BAF (Adresse: Robert-Bosch-Str. 28 in 63225 Langen) als Träger öffentlicher Belange zur Stellungnahme aufzufordern, da etwaige Interessen des BAF vom Luftamt Südbayern nicht wahrgenommen werden und eine Entscheidung nach § 18a LuftVG allein das BAF trifft.

#### 3. Bauwerke außerhalb des BSB (§ 14 LuftVG):

Jeder Standort unterliegt zudem allgemein den Anforderungen, die sich aus § 14 LuftVG ergeben. Nach § 14 Abs. 1 Satz 1 LuftVG darf die für die Erteilung einer Genehmigung zuständige Behörde die

Errichtung von Bauwerken außerhalb des Bauschutzbereiches, die eine Höhe von 100 m über der Erdoberfläche überschreiten, nur mit Zustimmung der Luftfahrtbehörde (Luftamt Südbayern) genehmigen. Die Windkraftanlagen bedürfen im Verfahren nach § 14 LuftVG stets einer Begutachtung durch die DFS gemäß § 31 Abs. 3 LuftVG. Diese gibt Auskunft darüber, ob aus zivilen und militärischen Flugbetriebsgründen i. S. d. § 14 LuftVG Einwendungen bestehen.

#### 4. Militärische Belange:

Für die aus militärisch-flugsicherungstechnischen Gründen erforderliche gutachtliche Stellungnahme gemäß § 18a LuftVG (Schutz der militärischen Flugsicherungseinrichtungen) und für die militärischen Belange in den Bereichen der Flugsicherung, des Flugbetriebs und der Freiheit von Luftfahrthindernissen in den Bauschutzbereichen der Militärflugplätze liegt die Zuständigkeit gemäß § 30 Abs. 2 Satz 4 LuftVG ausschließlich bei der militärischen Luftfahrtbehörde (Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr – Referat Infra I 3, Fontainengraben 200 in 53123 Bonn). Sie ist zudem zu beteiligen hinsichtlich der militärischen Schutzbereiche, der Infrastruktur und der Liegenschaften der Bundeswehr. Wir regen daher auch dringend deren Beteiligung an.

#### **Abwägung**

##### Zu 1. Bauschutzbereiche und ziviler Flugbetrieb:

Die Gemeinde nimmt zur Kenntnis, dass sich sämtliche Konzentrationsflächen außerhalb von Bauschutzbereichen von Flugplätzen befinden.

Die Deutsche Flugsicherung GmbH wurde bereits als Träger öffentlicher Belange beteiligt und hat am 12.10.2022 eine Stellungnahme abgegeben.

##### Zu 2. Schutz von Flugsicherungseinrichtungen (§ 18a LuftVG):

Alle Konzentrationsflächen liegen innerhalb eines Anlagenschutzbereiches. Bei der konkreten Anlagenplanung ist deshalb eine Prüfung und Entscheidung/ Genehmigung durch das Bundesaufsichtsamt für Flugsicherung (BAF) nach § 18a LuftVG erforderlich.

Das Bundesaufsichtsamt für Flugsicherung wurde bereits als Träger öffentlicher Belange beteiligt und hat am 25.10.2022 eine Stellungnahme abgegeben.

##### Zu 3. Bauwerke außerhalb des BSB (§ 14 LuftVG):

Die Gemeinde nimmt die Hinweise zur Kenntnis. Das Luftamt Südbayern wird auch im weiteren Verfahren beteiligt.

##### Zu 4. Militärische Belange:

Das Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr wurde bereits als Träger öffentlicher Belange beteiligt und hat am 21.09.2022 eine Stellungnahme abgegeben.

#### **Beschluss:**

Die Gemeinde Pfaffenhofen a. d. Glonn nimmt die grundsätzlichen luftrechtlichen Hinweise zur Kenntnis. Details sind dem Genehmigungsverfahren vorbehalten.

**Abstimmungsergebnis: 14:0**

## 13.1.6 Regionaler Planungsverband München vom 09.11.2022

#### **Sachverhalt:**

Der Regionale Planungsverband München macht keine grundsätzlichen Bedenken gegen die Flächennutzungsplanänderung – Sachlicher Teilflächennutzungsplan Windkraft – geltend.

Es wird jedoch auf folgendes hingewiesen: Der Regionale Planungsverband München hat mit Vorarbeiten für die Ausweisung von Vorranggebieten für Windkraft in der gesamten Region München begonnen (vgl. PA-Sitzung vom 20.09.2022, Drucksache 14/22).

Hintergrund ist zum einen die neue bundesrechtliche Gesetzeslage durch das Gesetz zur Erhöhung und Beschleunigung des Ausbaus von Windenergieanlagen an Land vom 20.07.2022, das am 01.02.2023 in Kraft tritt. Danach müssen in Bayern bis Ende 2027 1,1 % der Landesfläche, bis 2032 1,8 % der Landesfläche ausgewiesen werden. Der Freistaat Bayern gibt diese Pflicht im voraussichtlich Frühjahr 2023 in Kraft tretenden Landesentwicklungsprogramm Bayern an die 18 Regionalen

Planungsregionen weiter, und zwar zunächst die 1,1 % in allen Regionen Bayerns. Der Verteilungsschlüssel für die einzelnen Regionen für die Zeit bis Ende 2032 wird erst noch konzipiert und später bekannt gegeben.

In diesem Zusammenhang hat der Regionale Planungsverband München bereits alle seine Mitglieder angeschrieben und gebeten, bereits vorliegende Planungen und Konzepte mitzuteilen. Die Regionalplanausweisung von Vorranggebieten für Windkraftflächen benötigen ein regionsweit einheitliches Kriteriumskonzept. Ziel ist es aus regionaler Sicht, möglichst viel der positiven Ausweisungen bei den Mitgliedern des Regionalen Planungsverbands München zu berücksichtigen.

Denn mit dem o. g. Bundesgesetz entfällt ab 01.02.2023 die Möglichkeit, kommunale Konzentrationsflächen im Bereich der Windenergie zu normieren: § 249 Abs. 1 BauGB bestimmt, dass § 35 Abs. 3 Satz 3 BauGB auf Vorhaben nach § 35 Abs. 1 Nr. 5, die der Erforschung, Entwicklung oder Nutzung der Windenergie dienen, nicht anzuwenden ist.

Lediglich im Rahmen einer Überleitungsvorschrift gem. § 245 e Abs. 1 BauGB können solche Konzentrationsflächenplanungen gem. § 35 Abs. 3 Satz 3 a. F. BauGB fortgelten, wenn ein solcher Plan bis zum 01.02.2024 wirksam geworden ist. Aber auch dann entfällt diese Wirkung grundsätzlich, soweit der Regionale Planungsverband München seine Konzentrationsflächen i. H. v. 1,1 % der Regionsgesamtfläche ausgewiesen hat. Auf jeden Fall entfallen kommunale Konzentrationsflächen spätestens mit Ablauf des 31.12.2027.

## Abwägung

Die Gemeinde Pfaffenhofen a. d. Glonn möchte durch den Flächennutzungsplan mit Steuerungswirkung nach § 35 Abs. 3 Satz 3 BauGB gezielt für Standorte Baurecht schaffen und auch eine unerwünschte Privilegierung steuern, solange die Vorrangflächen im Regionalplan noch nicht rechtskräftig sind. Der Teil-FNP Windkraft der Gemeinde Pfaffenhofen an der Glonn ist vom Regionalen Planungsverband als Grundlage für die Ausweisung der Windenergiegebiete in Form von Vorranggebieten zu übernehmen.

## Beschluss:

Die Hinweise des Regionalen Planungsverbands München werden zur Kenntnis genommen.  
Der Gemeinderat verweist auf die Übernahme der Konzentrationsflächen in den Regionalplan.

**Abstimmungsergebnis: 14:0**

13.1.7 Landratsamt Dachau, Rechtliche Belange vom 10.10.2022

## Sachverhalt:

Hinweise, die der Abwägung zugänglich sind und sonstige fachliche Informationen und Empfehlungen aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o.g. Plan, gegliedert nach Sachkomplexen, jeweils mit Begründung und ggf. Rechtsgrundlagen:

- Die Ausweisung von Konzentrationsflächen für Windkraft wird seitens des Landratsamts Dachau ausdrücklich begrüßt, es wird jedoch darauf hingewiesen, dass derzeit in den Regionalplänen von den Regionalen Planungsverbänden im Rahmen von regionsweiten Steuerungskonzepten Vorranggebiete für die Errichtung von Windkraftanlagen festgelegt werden. Für den Fall, dass hier andere Gebiete als Vorranggebiete für die Errichtung von Windkraftanlagen ausgewiesen werden, könnte dies die eigene Planung obsolet werden lassen.
- Unter Punkt 4.1 der Begründung wird angeregt außerdem den Entwurf des LEP vom 02.08.2022 (ab Pkt. 6.2.2) zu zitieren. Dieser sieht die ausdrückliche Ausweisung von Flächen als Vorranggebiete für die Windkraft vor.
- In der Begründung zu Konzentrationsfläche KF-W 3 wird empfohlen mit anzugeben, was sich westlich der Fläche befindet (analog KF-W 2.2, „400m Abstand zu einem Gewerbegebiet (Gde. Eurasburg...)“). Außerdem wird angeregt auf die Auswirkung für die geplante

Richtfunkstrecken Moorenweis, welche sich ebenfalls westlich der Konzentrationszone befindet, in der Begründung einzugehen.

## Abwägung

Die Gemeinde Pfaffenhofen a. d. Glonn möchte durch den Flächennutzungsplan mit Steuerungswirkung nach § 35 Abs. 3 Satz 3 BauGB gezielt für Standorte Baurecht schaffen und auch eine unerwünschte Privilegierung steuern, solange die Vorrangflächen im Regionalplan noch nicht rechtskräftig sind. Der Teil-FNP Windkraft der Gemeinde Pfaffenhofen an der Glonn dient dem Regionalen Planungsverband auch als Planungsgrundlage für die Ausweisung der Windenergiegebiete in Form von Vorranggebieten.

Die Anregung unter Punkt 4.1 der Begründung den aktuellen Entwurf des LEP (Kap. 6.2.2) zu zitieren wird aufgenommen. Der derzeit vorliegende LEP-Entwurf hat den Stand 15.11.2022.

KF-W 3 schließt im Westen mit der Gemeindegrenze ab. Die Gemeinde hat darüber hinaus keine Planungshoheit. Die Begrenzung durch die Richtfunkstrecke im Nordwesten der Fläche wird in der Begründung ergänzt.

## Beschluss:

Die Gemeinde Pfaffenhofen a. d. Glonn nimmt die Hinweise des Fachbereichs Rechtliche Belange am Landratsamt Dachau zur Kenntnis.

Die Anregungen, unter Punkt 4.1 der Begründung den aktuellen Entwurf des LEP (Kap. 6.2.2) zu zitieren und unter Punkt 8.2 der Begründung die Begrenzung von KF-W 3 im Nordwesten durch die Richtfunkstrecke zu ergänzen, werden aufgenommen.

**Abstimmungsergebnis: 14:0**

## 13.1.8 Landratsamt Dachau, Technischer Umweltschutz vom 05.10.2022

### Sachverhalt:

Hinweise, die der Abwägung zugänglich sind und sonstige fachliche Informationen und Empfehlungen aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o.g. Plan, gegliedert nach Sachkomplexen, jeweils mit Begründung und ggf. Rechtsgrundlagen:

Aus immissionsschutzfachlicher Sicht teilen wir zur vorgelegten Planung Folgendes mit:

#### Infraschall

Zum Thema Infraschall wird auf Seite 16 auf die DIN 45680 verwiesen. Hier ist derzeit die Fassung vom März 1997 gültig, zudem liegt ein Entwurf vom Juni 2020 vor. Ein Entwurf vom August 2011 liegt nach unseren Kenntnissen nicht vor. Wir bitten um Berichtigung.

#### Immissionsschutzrechtliche Mindestabstände

Die auf Seite 22 für die harten Tabuzonen sowie auf Seite 29 für die weichen Tabuzonen angegebenen Mindestabstände ergeben sich aus Datenblättern des LfU, die nicht näher datiert sind.

Wir weisen darauf hin, dass entsprechend dem Windenergie-Erlass Bayern vom 19.07.2016 pauschalisierende Abstandswerte (z.B. „Schalltechnische Planungshinweise für Windparks“ des LfU vom August 2011) nicht mehr herangezogen werden sollten. Grund hierfür sind Erkenntnisse, dass das bisher angewandte Berechnungsverfahren bei hohen Lärmquellen und Abständen von mehr als 500 m, wie sie bei Windkraftanlagen vorliegen, zu einer systematischen Unterschätzung der tatsächlichen Geräuschemissionen führen kann.

Derzeit sind die LAI-Hinweise zum Schallimmissionsschutz bei WKA vom 30.06.2016 und das darin genannte Interimsverfahren zur Schallimmissionsprognose anzuwenden, das auch in der VDI 4101-2 festgelegt ist.

Weiterhin geben wir zu bedenken, dass der Referenzschallpegel von 110 dB(A) für einen Windpark bereits bei 2 WKA mit je einem Schallleistungspegel von 106,8 dB(A) erreicht wird. Für beispielsweise 5 WKA mit einem Schallleistungspegel von je 106,8 dB(A) pro Anlage ergibt sich in Summe bereits ein Gesamtschallleistungspegel von ca. 114 dB(A).

Wir bitten deshalb, die Mindestabstände entsprechend zu überarbeiten. Ggf. ist die Berechnung der bezüglich des Lärmschutzes einzuhaltenden Mindestabstände im Rahmen einer schalltechnischen Untersuchung nach den Vorgaben der aktuell geltenden LAI-Hinweise ermitteln zu lassen.

Wir weisen abschließend darauf hin, dass für reine Wohngebiete strengere Immissionsrichtwerte nach TA Lärm gelten. Deshalb bitten wir zu prüfen, ob reine Wohngebiete, ggf. auch außerhalb der Gemeindegrenzen, als Immissionsorte zu betrachten und in der Planung zu beachten sind.

Da sich die neu ermittelten Mindestabstände auf die Schlussfolgerungen für die erforderlichen Abstände auswirken, bitten wir um Überarbeitung der harten und weichen Tabuzonen.

## Sonstiges

Wir weisen darauf hin, dass auf Seite 34 die Gondel als Immissionsort bezeichnet wird, deshalb bitten wir um Korrektur, da es sich um den Emissionsort handelt.

## Rechtsgrundlagen

Wir verweisen auf § 1 Abs. 6 Nr. 1 und 7 BauGB sowie auf §§ 22, 50 BImSchG in Verbindung mit der TA Lärm.

## **Abwägung**

### Zu Infraschall:

Der Hinweis, dass der aktuelle Entwurf der DIN 45680 den Stand Juni 2020 aufweist, wird entsprechend aufgenommen und in Kap. 4.3.2 angepasst.

Das Bayerische Landesamt für Umwelt (LfU) und das Bayerische Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (LGL) kommen in Ihrer Veröffentlichung zum Infraschall vom Juli 2022 zu dem Ergebnis, dass bei Windenergieanlagen keine negativen Auswirkungen durch Infraschall festgestellt werden können. Details sind dem Schallgutachten im Genehmigungsverfahren vorbehalten.

### Zu Immissionsschutzrechtliche Mindestabstände:

Die Gemeinde Pfaffenhofen a. d. Glonn hält an den in der vorliegenden Planung verwendeten Abständen zu Siedlungsflächen fest.

Details zu Mindestabständen sind auf der nachfolgenden Planungsebene (B-Plan/ Immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren) in entsprechenden Schallgutachten zu ermitteln.

Im Gemeindegebiet Pfaffenhofen a. d. Glonn liegen keine reinen Wohngebiete vor. Auch im direkten Umfeld des Gemeindegebiets sind keine reinen Wohngebiete bekannt.

### Zu Sonstiges:

Der Hinweis, dass die Gondel auf Seite 34 als Emissionsort zu bezeichnen ist (statt Immissionsort) wird aufgenommen und angepasst.

## **Beschluss:**

Die Gemeinde Pfaffenhofen an der Glonn nimmt die Hinweise zur Kenntnis. Der Stand des Entwurfs der DIN 45680 in Kap. 4.3.2 sowie die Bezeichnung der Gondel als Emissionsort auf Seite 34 werden angepasst. Ansonsten hält die Gemeinde an der vorliegenden Planung fest.

**Abstimmungsergebnis: 13:0**

Abstimmung ohne Frau Gemeinderätin Klein-Kennerknecht, diese hat den Saal verlassen.

13.1.9 Landratsamt Dachau, Untere Naturschutzbehörde vom 27.10.2022

## **Sachverhalt:**

Hinweise, die der Abwägung zugänglich sind und sonstige fachliche Informationen und Empfehlungen aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o.g. Plan, gegliedert nach Sachkomplexen, jeweils mit Begründung und ggf. Rechtsgrundlagen:

I) Die geplanten Konzentrationsflächen für Windenergieanlagen (WEA) befinden sich in Waldflächen bzw. Übergangszonen von Wald zu Offenland. Der Landkreis Dachau zählt mit einem Waldanteil vom

16 % zu den waldärmeren Landkreisen, so dass durch die Ausweisung von WEA-Standorten bau- und betriebsbedingt mit einer weiteren Zerschneidung und dauerhaften Beseitigung bestehender Waldflächen als Lebens- und Erholungsraum zu rechnen ist. Im gemeindlichen Planungs- und Abwägungsprozess wurde im Rahmen einer Flächenanalyse u.a. den gewählten Abständen zur Bebauung (900m / 600 m) stärkere Gewichtung eingeräumt, so dass nun die Konzentrationsflächen für WEA vorwiegend im Wald /-rand zu liegen kommen. Gerade in diesen Bereichen ist jedoch mit dem Vorkommen kollisionsgefährdeter Fledermausarten zu rechnen, deren artenschutzfachliche und –rechtliche Beachtung im weiteren Planungsprozess zu berücksichtigen ist.

II) In den vorliegenden Unterlagen fehlen generell Aussagen zum Artenschutz. Neben o.g. Fledermausvorkommen sind bei der Errichtung von WEA vor allem kollisionsgefährdete Greifvogelarten betroffen. Artenschutzrechtliche Verbotstatbestände werden erst durch den konkreten Eingriff (Rodung, Baufeldfreimachung, Zuwegung u.ä. sowie Betrieb der WEA) ausgelöst; insofern kann auf die nachgeordnete Planungsebene (Bebauungsplan oder Genehmigungsverfahren) verwiesen werden.

III) Den Unterlagen war kein Umweltbericht beigelegt, d.h. es fehlt eine aktuelle Bewertung der betroffenen Schutzgüter sowie Erläuterung der erforderlichen Vermeidungs- und Kompensationsmaßnahmen für unvermeidbare Eingriffe in Naturhaushalt und Landschaftsbild. Dies ist nachzuholen.

IV) Bezüglich des Standorts KF-W4 westlich von Bayerzell bestehen aufgrund der Lage in einem technisch nicht vorbelasteten Raum (wie vergleichsweise bei KF-W1) naturschutzfachliche Bedenken. Die mit dem Bau einer WEA verbundenen massiven Eingriffe ins Landschaftsbild kommen in dem laut Waldfunktionskarte des Landkreises Dachau als Waldfläche mit besonderer Bedeutung für das Landschaftsbild eingestuftem Bereich besonders negativ zu tragen. Dieser Standort sollte daher seitens der Gemeinde nochmals überprüft werden.

## Rechtsgrundlagen

§ 1 Abs. 6 Nr. 7a i.V. mit § 1a Abs. 3 BauGB

## Grenzen der Abwägung

§ 1 Abs. 7 BauGB

## **Abwägung**

Zu I)

Nach Art. 82 Abs. 5 BayBO gilt die sog. 10-H-Regel nicht für *Wald im Sinn des Art. 2 Abs. 1 und 2 des Bayerischen Waldgesetzes errichtet werden, wenn von der Mitte des Mastfußes zum Waldrand mindestens ein Abstand in Höhe des Radius des Rotors eingehalten wird.*

Inwieweit Fledermauspopulationen durch die Errichtung von Windkraftanlagen in den Konzentrationsflächen betroffen sind, kann auf Ebene der Flächennutzungsplanung nicht abschließend beurteilt werden. Auf ein nachfolgendes immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren wird verwiesen.

Zu II)

Grundsätzlich muss im Zuge des nachfolgenden Verfahrens (B-Plan / immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren) eine spezielle artenschutzrechtliche Prüfung mit konkreten Erfassungen und Bewertungen vor Ort durchgeführt werden. Auf der Planungsebene des Flächennutzungsplans kann dies nicht geleistet werden, da dieser zunächst nur die generelle Standortfindung regelt.

Zu III)

Eine Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB war in den Unterlagen zur frühzeitigen Beteiligung nach § 3 Abs. 1 und § 4 Abs. 1 BauGB noch nicht enthalten. Diese wird zum nächsten Verfahrensschritt nachgereicht.

Zu IV)

Der Standort KF-W4 wird von der Höheren Naturschutzbehörde als „grundsätzlich geeignetes Gebiet“ eingestuft, in dem mit hoher Wahrscheinlichkeit keine artenschutzrechtlichen Zugriffsverbote nach § 44 Abs 1 BNatSchG zu erwarten sind.

Der gem. Waldfunktionskarte des Landkreises Dachau als Waldfläche mit besonderer Bedeutung für das Landschaftsbild bewertete Wald soll erhalten bleiben. Die Konzentrationsfläche grenzt hier lediglich an.

Es ist zudem zu berücksichtigen, dass die Errichtung und der Betrieb von Windenergieanlagen sowie den dazugehörigen Nebenanlagen im überragenden öffentlichen Interesse liegen und der öffentlichen Sicherheit dienen.

## Beschluss:

Die Gemeinde nimmt die Hinweise der Unteren Naturschutzbehörde zur Kenntnis. Ein Umweltbericht wird zum nächsten Verfahrensschritt nachgereicht. Artenschutzrechtliche Untersuchungen erfolgen auf der nachfolgenden Planungsebene. Am Standort KF-W4 wird festgehalten.

**Abstimmungsergebnis: 12:1**

Abstimmung ohne Frau Gemeinderätin Klein-Kennerknecht, diese hat den Saal verlassen.

13.1.1 Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Fürstenfeldbruck vom 26.10.2022

0

## Sachverhalt:

### Bereich Landwirtschaft:

Von der Planung sind landwirtschaftliche Flächen und Betriebe betroffen.

Grundsätzlich weisen wir darauf hin, dass beim Bau der Anlagen das landwirtschaftliche Wegenetz geschont, bzw. nach Benutzung wieder in einen ordentlichen Zustand versetzt werden muss. Landwirtschaftliche Flächen, die im Zuge evtl. Baumaßnahmen vorübergehend beansprucht werden, sind möglichst bodenschonend zu benutzen und danach in den Ausgangszustand zu bringen. Entsprechende Entschädigungen sind für die Bewirtschafter zu leisten.

Sollten Anlagen auf landwirtschaftlichen Grundstücken errichtet werden, sind die Anlagen nach Nutzungsende vollständig zurückzubauen und die Fläche wieder für die landwirtschaftliche Nutzung zur Verfügung zu stellen. Hierbei ist insbesondere bei der Genehmigung der vollständige Rückbau (incl. Fundamente) vorzuschreiben, da bei einem ausschließlich oberflächigen Rückbau die Bodenfunktionen nicht mehr vollständig wiederhergestellt werden können und damit eine nachhaltige, ressourcen- und umweltschonende landwirtschaftliche Folgenutzung nicht gewährleistet wäre.

Aufgrund der hohen Rückbaukosten empfehlen wir bei Genehmigung vorzuschreiben, dass entsprechende Rücklagen vorzuhalten sind, bzw. als Sicherheit zu hinterlegen sind.

Wissenschaftliche Untersuchungen aus den USA, China und Europa kommen zu dem Ergebnis, dass die Windkraftanlagen zu einer lokalen und regionalen Erwärmung der bodennahen Luftschichten, insbesondere bei Nacht führen (Quelle: Wissenschaftlicher Dienst des Deutschen Bundestages, Dokumentation WD 8 - 3000 - 083/20, Seiten 8 u. 9). Diese können auch zu einer Änderung der Bodenfeuchtigkeit führen (Quelle WD S.15).

Diese Effekte entstehen durch die Verwirbelungen oberer und unterer Luftschichten, insbesondere auf der Lee-Seite. Teilweise wird dieser Effekt gezielt eingesetzt, um durch kleine „Windmaschinen“ im Obstanbau die Plantagen im Frühjahr vor Frostnächten zu schützen. Die mögliche Reduzierung der Bodenfeuchtigkeit hat insbesondere in Trockenphasen das Potential den Trockenstress der Pflanzen und die entsprechenden Auswirkungen (Ertrags- und Qualitätseinbußen) zu verstärken. Ebenso könnten durch die lokale Erwärmung das Risiko von Krankheits- oder Schädlingsbefall erhöht werden.

### Fazit:

Da die Hauptwindrichtung in der Planungsregion West bis Südwest ist, sind insbesondere bei den Konzentrationsflächen KF-W 3 und KF-W 4 landwirtschaftliche Flächen von den Auswirkungen der Windkraftanlagen betroffen. Die nachhaltige Erzeugung von Lebensmitteln stellt als „unverzichtbare Lebensgrundlage“ (LEP Bayern 2021 7.1.1) und als „natürliche Lebensgrundlage Boden, [...] die nachhaltig gesichert werden“ (Regionalplan Region München 2019, G 1.1.1) einen zu berücksichtigenden öffentlichen Belang dar.

Darum stimmen wir der Ausweisung der beiden Konzentrationsflächen KF-W 3 und KF-W 4 nicht zu. Bei den anderen Konzentrationsflächen (KF-W 1, 2.1, 2.2) bestehen aus landwirtschaftlicher Sicht keine Einwände.

### Bereich Forsten:

Wald im Sinne des Art. 2 BayWaldG ist von der Planung betroffen. Sollte es zum Bau von WKA kommen, kann dies in Waldflächen

a) einen Kahlschlag mit anschließender Wiederbewaldung oder

b) eine vorübergehende Rodung mit anschl. Wiederherstellung des Bodens und Wiederaufforstung oder



c) bei dauerhaft waldfreien Flächen eine Rodung nach Art. 9 Abs. 2 BayWaldG darstellen.

Zu a):

Die temporäre Beseitigung von Waldbäumen (nicht des Waldbodens) zur Errichtung einer Windkraftanlage (z. B. Überschwenkflächen Transport der Flügel in Kurven) stellt waldderechtlich einen Kahlschlag mit anschließender Wiederbewaldung dar. Die betroffene Fläche bleibt demnach auch während der Maßnahme Wald im Sinne des Gesetzes mit der Pflicht zur fristgemäßen Wiederaufforstung gemäß Art. 15 BayWaldG und ist nach Beendigung der Maßnahme fachgerecht mit angepassten Baumarten zu bepflanzen. Dem Vorhabensträger wird empfohlen für die betroffenen Flächen einen konkreten Plan zur Wiederbewaldung zu erstellen. Wir empfehlen eine frühzeitige Abstimmung des Plans mit dem AELF.

Zu b):

Die temporäre Beseitigung von Waldbäumen und -boden zur Errichtung einer Windkraftanlage (z. B. temporäre befestigte Erweiterungen vorhandener Wege für Transport- und Lagerflächen) stellt eine Rodung im Sinne des Art. 9 Abs. 2 BayWaldG dar. Die betroffene Fläche ist nach Beendigung der Maßnahme fachgerecht zu rekultivieren und mit an die gestörten Bodenverhältnisse angepassten Baumarten zu bepflanzen. Dem Vorhabensträger wird empfohlen für die entsprechenden Flächen einen separaten Rodungsantrag beim AELF mit konkretem Plan zur Wiederherstellung des Waldbodens und zur Wiederbewaldung zu stellen. Wir empfehlen eine frühzeitige Abstimmung des Plans mit dem AELF. Werden die Flächen nicht mit Wald rekultiviert fallen sie (nachträglich) unter Punkt c).

Zu c):

Insbesondere die dauerhaft freizuhaltende Fläche im Umfeld einer Windkraftanlage, die ggf. notwendigen Kabeltrassen sowie die auf Dauer neu angelegte Erschließung und dauerhafte Standflächen stellen eine Rodung dar. Diese bedarf nach Art. 9 Abs. 2 BayWaldG der Erlaubnis. Die Rodungserlaubnis für dauerhafte Stellflächen der Anlage sowie Kranstellflächen können gem. Art. 9 Abs. 8 BayWaldG im Rahmen der immissionsschutzrechtlichen Erlaubnis erteilt werden. Hierzu ist nach Art. 39 BayWaldG das Einvernehmen der Forstbehörde erforderlich (siehe auch 9.3 Sätze 1 und 2 BayWEE). Die dauerhaft neu angelegte Erschließung wird in einem separaten Rodungsverfahren vom AELF behandelt.

Den dauerhaften Rodungen kann nach der Erfahrung von Seiten der Forstbehörde nur unter folgenden Nebenbestimmungen zugestimmt werden:

1. Für die Rodungsflächen ist ein flächengleicher Ersatzwald anzulegen. Die Fläche kann, soweit gewünscht, mit Zustimmung der Naturschutzbehörde mit ggf. fälligen naturschutzfachlichen Ausgleichsmaßnahmen kombiniert werden, wenn dadurch Wald gem. Art. 2 BayWaldG entsteht.
2. Die Eignung und die Bereitstellung der Fläche ist im Zuge der Genehmigungsprüfungen (Rodungserlaubnis bzw. immissionsschutzrechtliche Genehmigung) festzulegen. Eine gesonderte Erstaufforstungserlaubnis nach Art. 16 BayWaldG ist dann nicht erforderlich.
3. Der forstübliche Pflanzplan der Ersatzfläche ist im Einvernehmen mit dem Forstrevier Odelzhausen des AELF zu erstellen. Die Fläche ist dem AELF spätestens ein Jahr nach Beginn der Rodung nachzuweisen (Fertigstellung). Die endgültige Abnahme findet nach 5 Jahren auf Antrag des Vorhabensträgers an das AELF statt und bedarf der Schriftform.
4. Die Fläche ist bei Bedarf dauerhaft vor Schäden mit geeigneten forstüblichen Verfahren zu schützen, zu pflegen und nachzubessern.
5. Die Ersatzfläche soll in der Gemeinde Pfaffenhofen a. d. Glonn oder einer benachbarten Gemeinde liegen um den Verlust an Waldfunktionen lokal auszugleichen.

Die Ersatzfläche muss nicht im Eigentum des Antragstellers stehen. Eine grundbuchliche Sicherung ist waldderechtlich nicht erforderlich.

Die Auflage Ersatzwald ist durch den geringen Waldanteil im Landkreis Dachau (16%) begründet, der weit unter dem bayerischen Durchschnitt (36%) liegt. Um die vielfältigen Funktionen des Waldes (Nutz-, Schutz- und Erholungsfunktion, Klimaschutzfunktion) dauerhaft ungeschmälert zu erhalten, sind die vorhandenen Waldflächen nach den Zielen des BayWaldG und der Regionalplanung in ihrer

## **Gemeinde Pfaffenhofen a. d. Glonn**

Beschlussbuch Seite 26

Sitzung des Gemeinderates vom 13.02.2023

**Öffentlicher Teil**

Substanz zu sichern. Der Erhalt der Waldflächen sowie der o.g. Waldfunktionen stellt hierbei einen öffentlichen Belang dar, der vor den Interessen des Antragstellers Vorrang genießt.

Nach Nutzungsende sind die Windkraftanlagen zurückzubauen und die Flächen als Wald zu rekultivieren.

## Abwägung

### Zum Bereich Landwirtschaft:

Im Zuge der Baumaßnahmen evtl. vorübergehend genutzte landwirtschaftliche Wege / Flächen sind selbstverständlich wieder in den ursprünglichen Zustand zu versetzen. Entsprechende Entschädigungen für die Bewirtschafter sind im konkreten Verfahren abzustimmen.

Der Rückbau ist in § 35 Abs. 5 BauGB gesetzlich geregelt. Demnach ist für Vorhaben nach § 35 Abs. 1 Nr. 5 als *Zulässigkeitsvoraussetzung eine Verpflichtungserklärung abzugeben, das Vorhaben nach dauerhafter Aufgabe der zulässigen Nutzung zurückzubauen und Bodenversiegelungen zu beseitigen.*

Die Ausführungen zu der lokalen und regionalen Erwärmung der bodennahen Luftschichten durch Windparks sind für dieses Verfahren gemäß der Dokumentation des wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages (WD 8 - 3000 - 083/20) irrelevant, weil es sich bei diesem konkreten Verfahren nur um kleine Flächen handelt.

Das Modell in der angeführten Studie (Publikation Miller & Keith 12/2018) berücksichtigt lediglich die USA. Eine Übertragung der Ergebnisse auf andere Regionen der Welt (z.B. Europa) kann nicht erfolgen. Die Ergebnisse der Studie beruhen außerdem auf der Annahme, dass die Erzeugung des heutigen (gesamten) US-Strombedarfs mit Windkraft erfolgt und nicht auf kleine oder mittlere Windparks. Verschiedentlich wurde wissenschaftlich kritisiert, dass die Arbeit in den Medien mit verzerrten Aussagen aufgegriffen wurde. Von verschiedenen Wissenschaftlern wurde die Studie in der Öffentlichkeit aufgrund ihrer sehr vereinfachenden und ihrer Meinung nach unrealistischen Annahmen bemängelt.

Bei der Gewichtung ist zu berücksichtigen, dass die Errichtung und der Betrieb von Windenergieanlagen sowie den dazugehörigen Nebenanlagen im überragenden öffentlichen Interesse liegen und der öffentlichen Sicherheit dienen.

Die Gemeinde hält, trotz der Bedenken des AELF hinsichtlich einer Beeinflussung des Mikroklimas und damit der landwirtschaftlichen Flächen im Umfeld der Anlagen, an der Planung der Standorte KF-W 1 bis KF-W4 fest.

### Zum Bereich Forsten:

#### Zu a) Kahlschlag mit anschließender Wiederbewaldung:

Die Pflicht zur fristgemäßen Wiederaufforstung gem. Art. 15 BayWaldG bei einer temporären Beseitigung von Waldbäumen zur Errichtung einer Windkraftanlage wird bei der konkreten Anlagenplanung beachtet und entsprechende Pläne zur Wiederbewaldung mit dem AELF abgestimmt.

#### Zu b) vorübergehende Rodung mit anschl. Wiederherstellung des Bodens und Wiederaufforstung:

Für Flächen, die temporär gerodet und befestigt werden, ist im konkreten Antragsverfahren ein separater Rodungsantrag beim AELF mit einem Plan zur Wiederherstellung des Waldbodens und zur Wiederbewaldung zu stellen und mit dem AELF abzustimmen.

#### Zu c) dauerhaft waldfreie Flächen -- Rodung nach Art. 9 Abs. 2 BayWaldG:

Eine ggf. notwendige Rodungserlaubnis wird im Rahmen des immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahrens eingeholt. Die Hinweise des AELF hierzu, zur notwendigen Anlage eines Ersatzwaldes sowie zur Rekultivierung als Wald nach Rückbau der Windkraftanlagen nimmt die Gemeinde zur Kenntnis.

## Beschluss:

Die Gemeinde Pfaffenhofen a. d. Glonn nimmt die Hinweise des AELF zu landwirtschaftlichen Flächen und Wald zur Kenntnis. Der Rückbau der Anlagen ist in § 35 Abs. 5 BauGB gesetzlich geregelt. Die Flächen KF-W1 bis KF-W4 werden trotz der Bedenken des AELF hinsichtlich einer Beeinflussung des Mikroklimas und damit der landwirtschaftlichen Flächen im Umfeld der Anlagen weiterverfolgt.

Die Hinweise zur erforderlichen Wiederaufforstung, Rodungsanträgen, Rekultivierung und Ersatzwald sind im Zuge der konkreten Anlagenplanung zu berücksichtigen.

**Abstimmungsergebnis: 12:1**

Abstimmung ohne Frau Gemeinderätin Klein-Kennerknecht, diese hat den Saal verlassen.

13.1.1 Wasserwirtschaftsamt München vom 26.10.2022

1

## Sachverhalt:

### 1. Wassersensible Bereiche

Wir weisen darauf hin, dass die Konzentrationszonen 1, 2.1 und 2.2 von wassersensiblen Bereichen durchzogen sind. Bei der genauen Setzung der Standorte der Windkraftanlagen ist dies zu berücksichtigen. Gegebenenfalls können die Anlagen aufgrund der durch Grundwasser geprägten Bodenverhältnissen in diesem Bereich nur mit erhöhtem technischen Aufwand oder nur außerhalb errichtet werden.

### 2. Gewässer

Durch Konzentrationszone 1 fließt der Miegersbach und durch Konzentrationszone 2.1 ein Nebenarm des Umbachs. Zu den Gewässern ist grundsätzlich mindestens ein Abstand von 5 m einzuhalten, um die Gewässerentwicklung auch hinsichtlich Hochwasserrückhalt nicht einzuschränken.

Das Landratsamt Dachau erhält eine Kopie dieses Schreibens per E-Mail.

## Abwägung

### Zu 1. Wassersensible Bereiche:

Der Hinweis, dass die Konzentrationsflächen 1, 2.1 und 2.2 von wassersensiblen Bereichen durchzogen sind, wird zur Kenntnis genommen. Heutige moderne Windenergieanlagen sind getriebelos und enthalten keine wassergefährdenden Stoffe. Das Fundament hat nur eine Boden-Einbautiefe von 0,5 m.

### Zu 2. Gewässer:

Die notwendigen Abstände von mind. 5 m zum Miegersbach in Konzentrationsfläche 1 und zum Nebenarm des Umbachs in Konzentrationsfläche 2.1 sind bei der konkreten Anlagenplanung zu beachten.

## Beschluss:

Die Hinweise des Wasserwirtschaftsamts zu wassersensiblen Bereichen und Gewässern im Bereich der Konzentrationsflächen 1, 2.1 und 2.2 nimmt die Gemeinde zur Kenntnis. Die notwendigen Abstände von 5 m zu den Gewässern sind bei der konkreten Anlagenplanung zu beachten.

**Abstimmungsergebnis: 13:0**

Abstimmung ohne Frau Gemeinderätin Klein-Kennerknecht, diese hat den Saal verlassen.

13.1.1 Bayerisches Landesamt für Denkmalpflege vom 11.10.2022

2

## Sachverhalt:

Wir bedanken uns für die Beteiligung an der oben genannten Planung und bitten Sie, bei künftigen Schriftwechseln in dieser Sache, neben dem Betreff auch unser Sachgebiet (B Q) und unser Aktenzeichen anzugeben. Zur vorgelegten Planung nimmt das Bayerische Landesamt für Denkmalpflege, als Träger öffentlicher Belange, wie folgt Stellung:

### Bau- und Kunstdenkmalpflegerische Belange:

Es wird darauf hingewiesen, dass sich im Umkreis von 10 km um die ausgewiesenen Flächen folgende landschaftsprägende Denkmäler befinden:

- Landkreis Dachau, Altomünster, St.-Altohof 6, Birgittinnenklosterkirche St. Alto, Denkmalnummer D-1-74-111-1
- Landkreis Dachau, Wiedenzhausen, Kirchweg 4, Filialkirche St. Florian, Denkmalnummer D-1-74-146-18
- Landkreis Fürstenfeldbruck, Egenhofen, Weyhern 5, Schloss Weyhern, Denkmalnummer D-1-79-117-16

- Landkreis Fürstenfeldbruck, Günzlhofen, Nähe Kirchstraße, Pfarrkirche St. Margareth, Denkmalnummer D-1-79-140-1
- Landkreis Fürstenfeldbruck, Oberschweinbach, Kajetanweg 5, Denkmalnummer D- 1-79-140-5
- Landkreis Fürstenfeldbruck, Nannhofen, Karl-von-Lotzbeck-Straße 2, Denkmalnummer D-1-79-136-7
- Landkreis Aichach-Friedberg, Adelzhausen, St. Salvator 1, Wallfahrtskirche St. Salvator, Denkmalnummer D-7-71-111-3
- Landkreis Aichach-Friedberg, Kissing, Hörmannsberger Straße 11, Kapelle zur Schmerzhafte Muttergottes, Denkmalnummer D-7-71-142-5
- Landkreis Aichach-Friedberg, Kissing, Kirchberg 1, Pfarrkirche St. Stephan, Denkmalnummer D-7-71-142-6
- Landkreis Aichach-Friedberg, Kissing, Mergenthau 1, Schlossanlage, Denkmalnummer D-7-71-142-10
- Landkreis Aichach-Friedberg, Sielenbach, Maria-Birnbaum-Straße 53, Wallfahrtskirche Maria Birnbaum, D-7-71-165-2

Die Untere Denkmalschutzbehörde erhält dieses Schreiben per E-Mail mit der Bitte um Kenntnisnahme. Für allgemeine Rückfragen zur Beteiligung des BLfD im Rahmen der Bauleitplanung stehen wir selbstverständlich gerne zur Verfügung.

Fragen, die konkrete Belange der Bau- und Kunstdenkmalspflege oder Bodendenkmalspflege betreffen, richten Sie ggf. direkt an den für Sie zuständigen Gebietsreferenten der Praktischen Denkmalspflege ([www.blfd.bayern.de](http://www.blfd.bayern.de)).

## Abwägung

Die Hinweise des Bayerischen Landesamtes für Denkmalspflege zu den landschaftsprägenden Denkmälern im Umkreis von 10 km um die Konzentrationsflächen werden zur Kenntnis genommen.

Gemäß dem Gesetzentwurf der Bayerischen Staatsregierung vom 13.12.2022 zur Änderung des Bayer. Denkmalschutzgesetzes sollen bei der Errichtung von Windenergieanlagen Erlaubnisverfahren nur noch auf Nähefälle bei „besonders landschaftsprägenden Denkmälern“ beschränkt werden um mehr geeignete Flächen für Windenergieanlagen zu aktivieren.

Weiterhin ist zu berücksichtigen, dass die Errichtung und der Betrieb von Windenergieanlagen sowie den dazugehörigen Nebenanlagen im überragenden öffentlichen Interesse liegen und der öffentlichen Sicherheit dienen.

## Beschluss:

Die Gemeinde nimmt die Hinweise zu den landschaftsprägenden Denkmälern im Umkreis von 10 km um die Konzentrationsflächen zur Kenntnis und verweist auf den Gesetzentwurf der Bayerischen Staatsregierung vom 13.12.2022 zur Änderung des Bayer. Denkmalschutzgesetzes.

**Abstimmungsergebnis: 13:0**

Abstimmung ohne Frau Gemeinderätin Klein-Kennerknecht, diese hat den Saal verlassen.

13.1.1 Bayerisches Landesamt für Umwelt vom 19.10.2022

3

## Sachverhalt:

Als Landesfachbehörde befassen wir uns v. a. mit umweltbezogenen Fachfragen bei Planungen und Projekten mit überregionaler und landesweiter Bedeutung, mit Grundsatzfragen von besonderem Gewicht sowie solchen Fachbelangen, die von örtlichen oder regionalen Fachstellen derzeit nicht abgedeckt werden (z. B. Rohstoffgeologie, Geotopschutz, Geogefahren).

Von den o.g. Belangen werden die Geogefahren und die Rohstoffgeologie berührt. Dazu geben wir folgende Stellungnahme ab:

## Georgefahren:

Georgefahren betreffen üblicherweise nur lokale Bereiche geringer Ausdehnung. Eine übergeordnete Planung ist nur selten betroffen. Die konkrete Prüfung großer Flächen auf eine mögliche Beeinträchtigung durch Georgefahren ist uns nicht möglich. Sie sind bei einer konkreten Planung ggf. gesondert zu berücksichtigen.

Die am LfU vorhandenen Informationen zu Georgefahren können im Internet als GEORISK-Objekte und Gefahrenhinweiskarten im UmweltatlasBayern sowie mit der „Standortauskunft Georgefahren“ abgerufen werden.

Bei weiteren Fragen zu Georgefahren wenden Sie sich bitte an Herrn Thomas Galleman (Tel. 0821/9071-1368, Referat 102).

## Rohstoffgeologie:

Belange der Rohstoffgeologie sind durch die geplanten Konzentrationsflächen für Windkraft (KF-W1 bis KF-W4) nicht unmittelbar betroffen.

Vor der Ausweisung ggf. notwendiger externen Ausgleichsflächen im weiteren Verfahren ist die Rohstoffgeologie erneut zu beteiligen, um potenzielle Konflikte mit Belangen der Rohstoffgeologie frühzeitig zu vermeiden.

Bei weiteren Fragen zur Rohstoffgeologie wenden Sie sich bitte an Herrn Dr. Georg Büttner (Tel. 09281/1800-4751, Referat 105) oder an Frau Anja Gebhardt (Tel. 09281/1800-4757, Referat 105).

Zu den örtlich und regional zu vertretenden Belangen des Naturschutzes, der Landschaftspflege und des technischen Umweltschutzes verweisen wir auf die Stellungnahmen des Landratsamtes Dachau (Untere Naturschutzbehörde und Untere Immissionsschutzbehörde).

Die Belange der Wasserwirtschaft und des vorsorgenden Bodenschutzes werden vom Wasserwirtschaftsamt München wahrgenommen. Diese Stellen beraten wir bei besonderem fachspezifischem Klärungsbedarf im Einzelfall.

## **Abwägung**

### Zu Georgefahren:

Die allgemeinen Hinweise zu Georgefahren, die bei übergeordneten Planungen nur selten betroffen sind, werden zur Kenntnis genommen.

### Zu Rohstoffgeologie:

Die Gemeinde nimmt zur Kenntnis, dass Belange der Rohstoffgeologie durch die geplanten Konzentrationsflächen für Windkraft (KF-W1 bis KF-W4) nicht unmittelbar betroffen sind.

Das LfU wird auch im weiteren Verfahren beteiligt.

Bei der Gewichtung ist zu berücksichtigen, dass die Errichtung und der Betrieb von Windenergieanlagen sowie den dazugehörigen Nebenanlagen im überragenden öffentlichen Interesse liegen und der öffentlichen Sicherheit dienen.

Von der Unteren Naturschutzbehörde am Landratsamt Dachau liegt eine Stellungnahme vom 27.10.2022 vor. Die Untere Immissionsschutzbehörde (Fachbereich Technischer Umweltschutz am Landratsamt Dachau) hat am 05.10.2022 eine Stellungnahme abgegeben. Vom Wasserwirtschaftsamt München ist eine Stellungnahme vom 26.10.2022 eingegangen.

## **Beschluss:**

Die Gemeinde Pfaffenhofen a. d. Glonn nimmt die Hinweise zu Georgefahren und Rohstoffgeologie zur Kenntnis und verweist auf die Abwägung zu den Stellungnahmen der Unteren Naturschutzbehörde, des Technischen Umweltschutzes (Landratsamt Dachau) und des Wasserwirtschaftsamts München.

**Abstimmungsergebnis: 13:0**

Abstimmung ohne Frau Gemeinderätin Klein-Kennerknecht, diese hat den Saal verlassen.

## Sachverhalt:

### 2. Träger öffentlicher Belange

#### 2.1 Grundsätzliche Stellungnahme

Gegen die Aufstellung bzw. Änderung der Bauleitplanung bestehen seitens des Staatlichen Bauamtes Freising keine Einwände, wenn die unter 2.2 ff genannten Punkte beachtet werden.

#### 2.2 Ziele der Raumordnung und Landesplanung

die eine Anpassungspflicht nach § 1 Abs. 4 BauGB auslösen

-keine -

#### 2.3 Beabsichtigte eigene Planungen und Maßnahmen.

die den o.g. Plan berühren können, mit Angabe des Sachstandes

-keine -

#### 2.4 Einwendungen mit rechtlicher Verbindlichkeit aufgrund fachgesetzlicher Regelungen.

die im Regelfall in der Abwägung nicht überwunden werden können (z.B. Landschafts- oder Wasserschutzgebietsverordnungen), Angabe der Rechtsgrundlage sowie Möglichkeiten der Überwindung (z.B. Ausnahmen oder Befreiungen):

Es stehen einzelne Straßenbegleitgehölze am südlichen Straßenrand der St2051 südlich der KF-W 1. Sollten diese Gehölze auf der späteren und konkreteren Planungsstufe des Bebauungsplans im Weg stehen, müssen auf Staatsstraßengrund entsprechende Ersatzpflanzungen auf Kosten des Verursachers stattfinden.

#### 2.4.1 Bauverbot

Das von der Bauleitplanung betroffene Gebiet schließt folgende Bereiche der Freien Strecke der St 2051, sowie der St 2052 entlang der Freien Strecke ein:

- KF-W1: St 2051 Abschnitt 350 Station 0,920

- KF-W2: St 2051 Abschnitt 320 Station 1,350

- KF-W3: St 2052 Abschnitt 380 Station 0,180

Entlang der Freien Strecke von Staatsstraßen gilt gem. Art. 23 Abs. 1 BayStrWG für bauliche Anlagen (inklusive Stellplätze, Aufschüttungen, ...) bis 20 m Abstand vom äußeren Rand der Fahrbahndecke Bauverbot. Die entsprechende Anbauverbotszone ist im Bebauungsplan richtig darzustellen.

Werbende und sonstige Hinweisschilder sind gem. Art. 23 BayStrWG innerhalb der Anbauverbotszone unzulässig. Außerhalb der Anbauverbotszone sind sie so anzubringen, dass die Aufmerksamkeit des Kraftfahrers nicht gestört wird. (§ 33 StVO i.V.m. § 1 Abs. 6 Nr. 9 BauGB).

#### 2.4.2 Erschließung

Die Erschließung der Grundstücke des Bauleitplangebietes sollte bestenfalls über das untergeordnete Straßennetz erfolgen (§ 1 Abs. 6 Nr. 9 BauGB i.V.m. Art. 18 Abs. 1 und Art. 19 Abs. 1 BayStrWG). Gemäß Bauleitplanung wird unter Punkt 10 „Erschließung“ darauf hingewiesen, dass die Konzentrationsflächen KF-W 1 und KF-W 2 sich in der Nähe der St 2051 und KF-W 3 an der Staatsstraße 2052 befinden. Es wird bereits jetzt darauf hingewiesen, dass die neu zu errichtenden Zufahrten auf voller Länge und Breite staubfrei zu befestigen ist. Für die Zufahrten sind Sondernutzungserlaubnisse, in welchen alle weiteren Auflagen, wie beispielsweise der Errichtung einer Linksabbiegespur je nach Verkehrsaufkommen, für die Errichtung der Zufahrt aufgeführt werden, bei der Straßenbauverwaltung zu beantragen.

#### 2.5 Sonstige fachliche Informationen und Empfehlungen

aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o. g. Plan, gegliedert nach Sachkomplexen, jeweils mit Begründung und ggf. Rechtsgrundlage

Die gesetzlichen Anbauverbotszonen genügen voraussichtlich nicht zum Schutz der geplanten Bebauung (Gemeinbedarfsfläche) vor Lärm-, Staub- und Abgasimmissionen.

Die für die Bemessung von Immissionsschutzeinrichtungen nötigen Angaben sind über die Immissionsschutzbehörde zu ermitteln (Verkehrslärmschutzverordnung -16. BImSchV)

Auf die von der Straße ausgehenden Emissionen wird hingewiesen. Eventuelle erforderliche Lärmschutzmaßnahmen werden nicht vom Baulastträger der Staatsstraße übernommen. (Verkehrslärmschutzverordnung -16. BImSchV)

Wir bitten um Übersendung eines Gemeinderatsbeschlusses, wenn unsere Stellungnahme behandelt wurde.

Der rechtsgültige Flächennutzungsplan (einschließlich Satzung) ist dem Staatlichen Bauamt Freising –Servicestelle München zu übersenden.

## Abwägung

### Zu Straßenbegleitgehölzen am südlichen Straßenrand der St 2051 südl. der KF-W1:

Der Hinweis, dass für diese Gehölze -sofern sie auf der späteren Planungsstufe des Bebauungsplanes im Weg stehen- auf Staatsstraßengrund entsprechende Ersatzpflanzungen auf Kosten des Verursachers stattfinden müssen, wird zur Kenntnis genommen.

### Zu 2.4.1 Bauverbot:

In der Begründung unter Kap. 6.3.1 ist bereits Folgendes aufgeführt:

*Die Bauverbotszonen für die öffentlichen Straßen, mit Ausnahme der Bundesfernstraßen, werden durch das Bayerische Straßen- und Wegegesetz (BayStrWG) geregelt. Gemäß Art. 23 Abs. 1 Satz 1 BayStrWG ist bei Staatsstraßen eine Bauverbotszone von 20 m, gemessen vom äußeren Rand der Fahrbahn einzuhalten. Zusätzlich ist der Rotoradius der Referenzanlage von 80 m zur Bauverbotszone hinzuzufügen. Damit ergibt sich eine Abstandsfläche von 100 m beidseitig vom Fahrbahnrand, die von einer Bebauung durch Windkraftanlagen freizuhalten ist.*

Die Konzentrationsflächen und damit auch die aus dem Flächennutzungsplan zu entwickelnden konkreten Standorte für Windkraftanlagen im Bebauungsplan sind somit mehr als 100 m von den Staatsstraßen entfernt.

### Zu 2.4.2 Erschließung:

Der Hinweis, dass die neu zu errichtenden Zufahrten zu KF-W1 und KF-W2 (in der Nähe der St 2051) und KF-W3 (an der St 2052) auf voller Länge und Breite staubfrei zu befestigen sind, wird zur Kenntnis genommen.

Ggf. erforderliche Sondernutzungserlaubnisse für die Errichtung der Zufahrt werden im konkreten Verfahren bei der Straßenbauverwaltung beantragt.

### Zu 2.5 Sonstige fachliche Informationen und Empfehlungen:

Bezüglich konkreten Angaben zum Immissionsschutz wird auf die nachfolgende Planungsebene (B-Plan/ Immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren) verwiesen.

Bei der Gewichtung ist zu berücksichtigen, dass die Errichtung und der Betrieb von Windenergieanlagen sowie den dazugehörigen Nebenanlagen im überragenden öffentlichen Interesse liegen und der öffentlichen Sicherheit dienen.

## Beschluss:

Die Gemeinde nimmt die Hinweise des Staatlichen Bauamts Freising zur Kenntnis und verweist auf die Ausführungen in der Begründung zum Flächennutzungsplan sowie den vorgesehenen Abstand der Konzentrationsflächen von 100 m zu den Staatsstraßen. Ggf. erforderliche Sondernutzungserlaubnisse für die Errichtung der Zufahrten sowie konkrete Angaben zum Immissionsschutz finden auf der nachfolgenden Planungsebene Berücksichtigung.

Durch das Genehmigungsverfahren ist sichergestellt, dass die Vorschriften eingehalten werden.

**Abstimmungsergebnis: 13:0**

Abstimmung ohne Frau Gemeinderätin Klein-Kennerknecht, diese hat den Saal verlassen.



**Sachverhalt:**

Der o. g. Flächennutzungsplan liegt in der Gemeinde Pfaffenhofen a. d. Glonn im Landkreis Dachau. Für diesen Landkreis ist das Staatliche Bauamt Freising zuständig, von daher bitten wir Sie, die Beteiligung an das Staatliche Bauamt Freising zu schicken.

Die Staatsstraßen 2051 und 2052 im Landkreis Aichach-Friedberg sind von der Ausweisung der Konzentrationsflächen Windkraft nicht betroffen, sofern die Bauverbots- und Baubeschränkungszone nach BayStrWG eingehalten werden.

**Abwägung**

Das Staatliche Bauamt Freising wurde bereits beteiligt und hat am 25.10.2022 eine Stellungnahme abgegeben. Die Konzentrationsflächen befinden sich in einem Abstand von 100 m zu den Staatsstraßen und damit außerhalb der Bauverbotszone (20m) und Baubeschränkungszone (40m) gem. BayStrWG.

**Beschluss:**

Der Gemeinderat nimmt obige Hinweise zur Kenntnis.

**Abstimmungsergebnis: 13:0**

Abstimmung ohne Frau Gemeinderätin Klein-Kennerknecht, diese hat den Saal verlassen.

13.1.1 IHK München vom 12.10.2022

6

**Sachverhalt:**

Aus Sicht der gewerblichen Wirtschaft ist es zu begrüßen, dass mit dem Planvorhaben die planungsrechtlichen Voraussetzungen zur Darstellung von Konzentrationsflächen für Windkraftanlagen im Flächennutzungsplan geschaffen werden.

Mit dem dargelegten Planvorhaben besteht daher Einverständnis.

**Beschluss:**

Die Zustimmung der IHK München zu der Planung wird zur Kenntnis genommen.

**Abstimmungsergebnis: 14:0**

13.1.1 Bayerischen Staatsforsten vom 17.10.2022

7

**Sachverhalt:**

Mit Bezug auf Ihr Schreiben vom 19.09.2022 nimmt der Forstbetrieb Landsberg am Lech der Bayerischen Staatsforsten AöR als Vertreter für den Eigentümer Freistaat Bayern der Fl.Nr. 1161/0 und 1166/0, Gemarkung Unterumbach, Gemeinde Pfaffenhofen a. d. Glonn im Folgenden aus forstbetrieblicher Sicht Stellung zur oben genannten 16. Änderung des Flächennutzungsplanes „Sachlicher Teilflächennutzungsplan Windkraft“ der Gemeinde Pfaffenhofen a. d. Glonn.

**Lage der WEA und Transportstrecke**

Aufgrund von Erfahrungen aus anderen WEA-Projekten haben die wegen der Lage der WEA sowie eine Komponentenangepasste, möglichst störungsarme Transportstrecke (Rotorblätter etc.) oberste Priorität für den Forstbetrieb Landsberg am Lech. Rodungen (auch temporär) zur Erweiterung von Forstwegen, Kurvenradien und Waldeinfahrten sollten auf ein absolutes Minimum reduziert werden. Wir sprechen uns ausdrücklich für eine wegen ( $< 100$  m) Lage aus und streben Standorte im Be-

# Gemeinde Pfaffenhofen a. d. Glonn

Beschlussbuch Seite 34

Sitzung des Gemeinderates vom 13.02.2023

Öffentlicher Teil

reich der grünen Rechtecke auf nachfolgender Karte an. (Hinweis: Bei der gelben Fläche mit der Ziffer 6 handelt es sich um eine Grünlandfläche ohne Baumbestand.)

Wir empfehlen dringend einen Antransport der Baukomponenten von Norden, abweigend von der Straße St 2051 (siehe grüne Pfeile auf nachfolgender Karte). Den einzigen kritischen Kardinalpunkt bildet dann eine sternförmige Kreuzung (siehe roten Kreis auf nachfolgender Karte), an welcher aus unserer Sicht aber ausreichend Schwenkbereiche vorhanden sind.

Eine Einfahrt von Osten, abweigend von der Straße DAH 14, (siehe Verbotssymbol auf nachfolgender Karte) empfiehlt sich aus unserer Sicht aufgrund mehrfach komplizierter Abzweigungen nicht. Zudem weisen wir darauf hin, dass zwischen unserer östlichen Bestandesgrenze und der Straße DAH 14 einige Meter Fremdgrund liegen.

## Bindung von Flächen im Rahmen einer forst- und naturschutzrechtlichen Ausgleichsmaßnahme

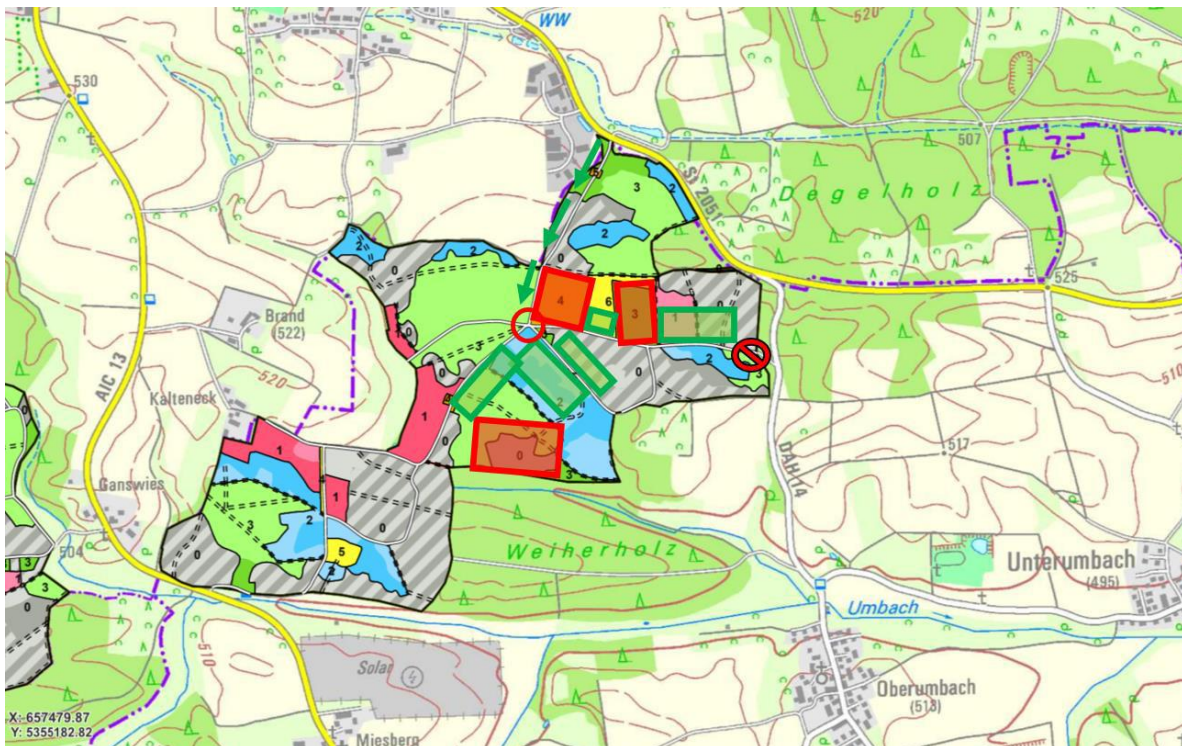
Auf Fl.Nr. 1166/0, Gemarkung Unterumbach, Gemeinde Pfaffenhofen a. d. Glonn befindet sich eine Ersatzaufforstung (rotes Rechteck mit Ziffer 3 auf nachfolgender Karte), welche im Rahmen einer Ausgleichsmaßnahme für ein Bauvorhaben des Staatlichen Bauamtes Freising erbracht wurde. Eine Rodung der Fläche ist aufgrund des Landschaftspflegerischen Begleitplans des zugeordneten Bauvorhabens ausgeschlossen.

## Bindung von Flächen im Rahmen einer forstgenetischen Samenplantage

Auf Fl.Nr. 1166/0, Gemarkung Unterumbach, Gemeinde Pfaffenhofen a. d. Glonn befindet sich eine Samenplantage des Bayerischen Amtes für Waldgenetik (rotes Rechteck mit Ziffer 4 auf nachfolgender Karte). Eine Rodung der Fläche ist ausgeschlossen.

## Bindung von Flächen im Rahmen eines forstlichen Förderprogramms

Auf Fl.Nr. 1161/0, Gemarkung Unterumbach, Gemeinde Pfaffenhofen a. d. Glonn befinden sich mehrere Neukulturen (rotes Rechteck mit Ziffer 0 auf nachfolgender Karte), welche im Rahmen des forstlichen Sonderprojekts „Klimawald“ vom Bayerischen Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten gefördert wurde. Wir sprechen uns gegen eine Rodung der entsprechenden Flächen aus.



Ich danke Ihnen für die Möglichkeit der Stellungnahme und bitte um Berücksichtigung unserer forstfachlichen Einwände. Für Rückfragen etc. stehe ich Ihnen gerne jederzeit zur Verfügung.

Hinweis: Im Rahmen eines zukünftigen privatrechtlichen Vertrags mit einem Vorhabenträger hätten die oben geschilderten forstfachlichen Einwände losgelöst vom öffentlich-rechtlichen Verfahren besondere Bedeutung für uns.

## Abwägung

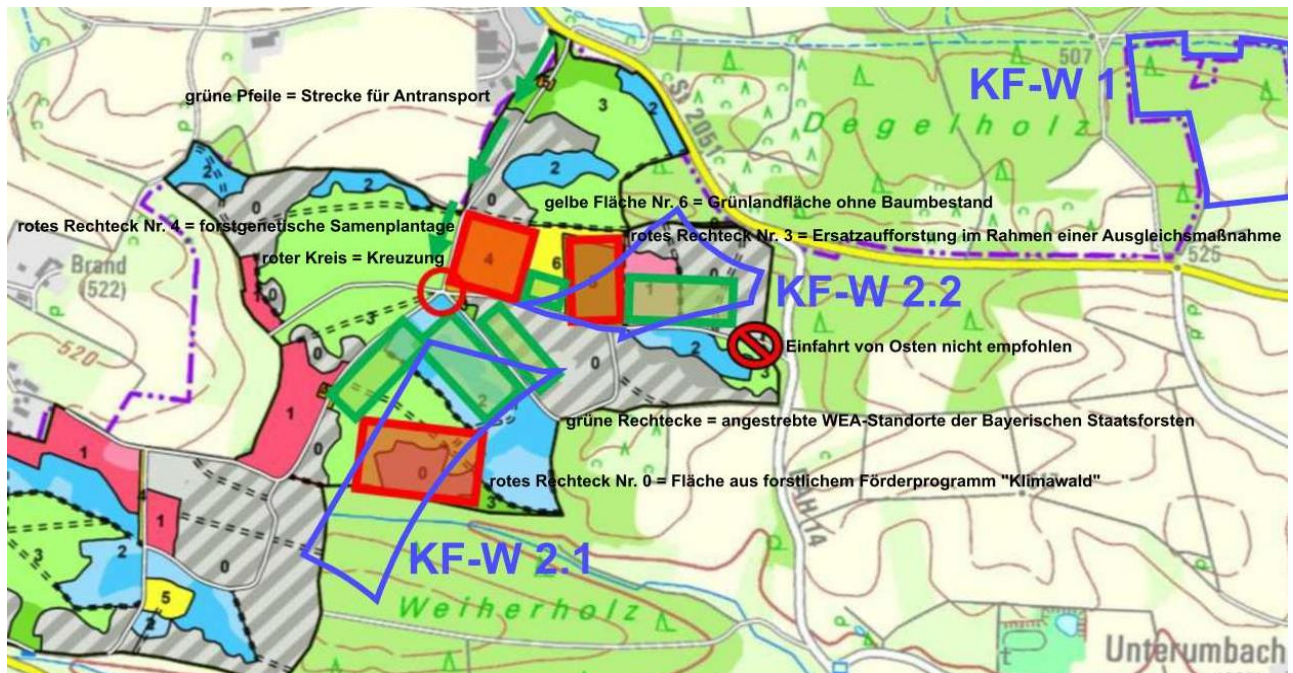
Zur Lage der WEA und Transportstrecke:

Es wird zur Kenntnis genommen, dass die Bayerischen Staatsforsten Standorte für Windenergieanlagen im Bereich der grünen Rechtecke anstreben. Diese liegen teilweise innerhalb der Konzentrationsflächen KF-W2.1 und KF-W2.2 (vgl. Überlagerung der Karte der Bayer. Staatsforsten und der Konzentrationsflächen). Die Zufahrt soll laut Bayerischen Staatsforsten von Norden erfolgen. Die genaue Planung der konkreten Standorte der Windenergieanlagen und der Zufahrten erfolgt auf der nachfolgenden Planungsebene. Die Standorte sind mit den Bayerischen Staatsforsten abzustimmen.

Zur Bindung von Flächen im Rahmen einer forst- und naturschutzrechtlichen Ausgleichsmaßnahme:  
Die Ersatzaufforstung im Rahmen einer Ausgleichsmaßnahmen für ein Bauvorhaben des Staatlichen Bauamtes Freising (rotes Rechteck mit Ziffer 3), für die eine Rodung ausgeschlossen ist, muss bei der konkreten Standortplanung beachtet werden.

Zur Bindung von Flächen im Rahmen einer forstgenetischen Samenplantage:  
Ebenfalls bei der konkreten Standortplanung zu berücksichtigen ist die Samenplantage des Bayerischen Amtes für Waldgenetik (rotes Rechteck mit Ziffer 4)

Zur Bindung von Flächen im Rahmen eines forstlichen Förderprogramms:  
Die Neukulturen, welche im Rahmen des forstlichen Sonderprojekts „Klimawald“ vom Bayerischen Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten gefördert wurden, sind genauso auf der nachfolgenden Planungsebene zu beachten. (rotes Rechteck mit Ziffer 0)



**Überlagerung der Karte der Bayer. Staatsforsten mit Hinweisen aus der Stellungnahme und Konzentrationsflächen für WEA**

## Beschluss:

Die Gemeinde Pfaffenhofen a. d. Glonn nimmt die Hinweise der Bayerischen Staatsforsten bzgl. Lage der WEA, Transportstrecke und Flächen, die aufgrund verschiedener Bindungen nicht gerodet werden dürfen, zur Kenntnis und verweist auf die konkrete Standortplanung auf der nachfolgenden Planungsebene. Die Standorte sind mit den Bayerischen Staatsforsten abzustimmen.

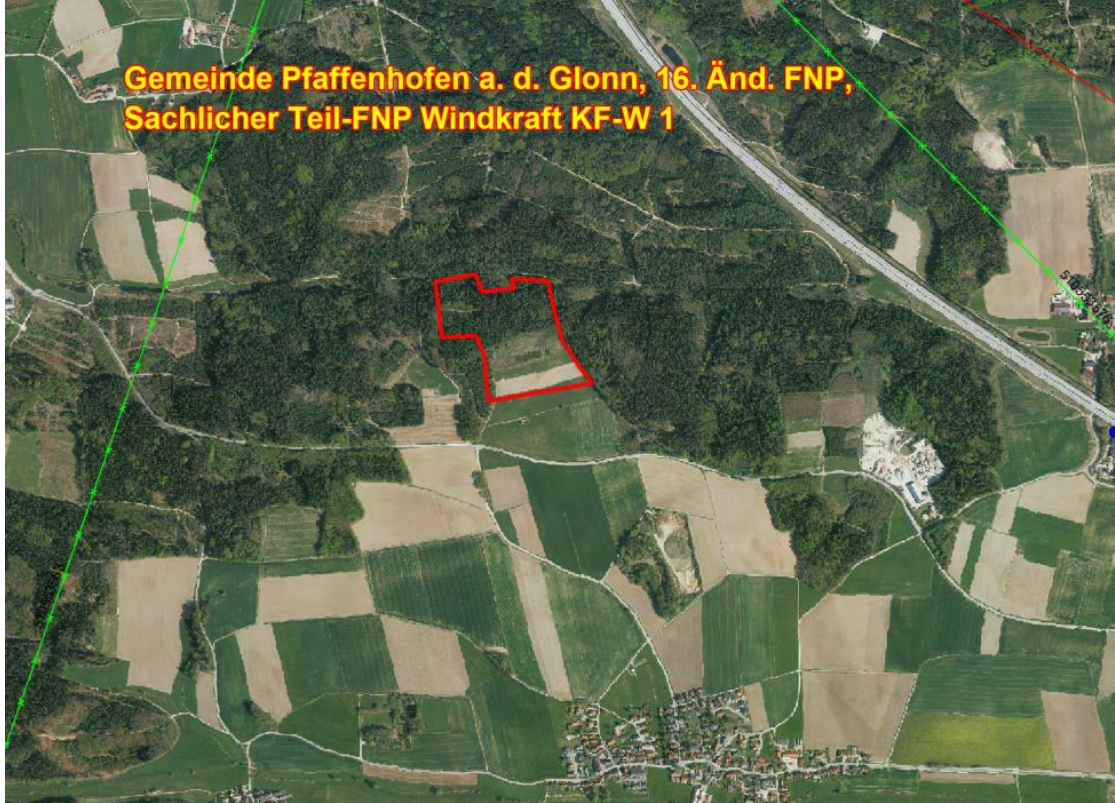
**Abstimmungsergebnis: 14:0**



Stellungnahme Richtfunk: Gemeinde Pfaffenhofen a. d. Glonn, 16. Änd. FNP, Sachlicher Teil-FNP Windkraft **KF-W 1** vom 10.10.2022

Die Überprüfung Ihres Anliegens ergab, dass keine Belange von Seiten der Telefónica Germany GmbH & Co. OHG zu erwarten sind.

Zur besseren Visualisierung erhalten Sie beigefügt zur E-Mail ein digitales Bild. Das Plangebiet ist im Bild mit einer dicken roten Linie eingezeichnet.

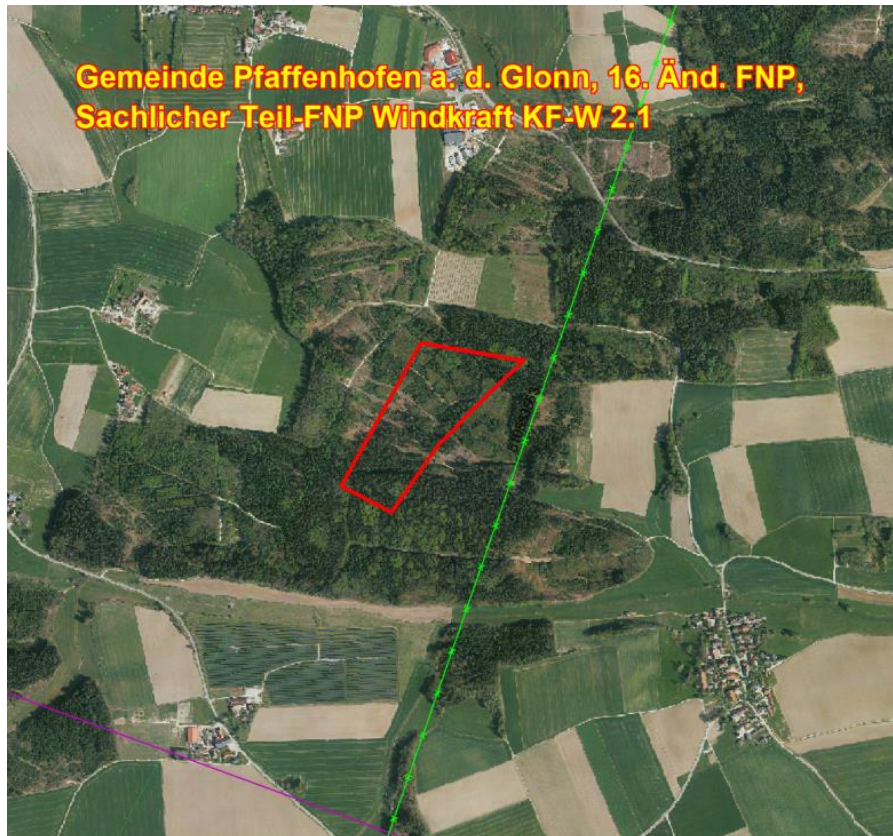


Sollten sich noch Änderungen der Planung / Planungsflächen ergeben, so würden wir Sie bitten uns die geänderten Unterlagen zur Verfügung zu stellen, damit eine erneute Überprüfung erfolgen kann.

Stellungnahme Richtfunk: Gemeinde Pfaffenhofen a. d. Glonn, 16. Änd. FNP, Sachlicher Teil-FNP Windkraft **KF-W 2.1** vom 11.10.2022

Die Überprüfung Ihres Anliegens ergab, dass keine Belange von Seiten der Telefónica Germany GmbH & Co. OHG zu erwarten sind.

Zur besseren Visualisierung erhalten Sie beigefügt zur E-Mail ein digitales Bild. Das Plangebiet ist im Bild mit einer dicken roten Linie eingezeichnet.



Sollten sich noch Änderungen der Planung / Planungsflächen ergeben, so würden wir Sie bitten uns die geänderten Unterlagen zur Verfügung zu stellen, damit eine erneute Überprüfung erfolgen kann.

## Stellungnahme Richtfunk: Gemeinde Pfaffenhofen a. d. Glonn, 16. Änd. FNP, Sachlicher Teil-FNP Windkraft KF-W 2.2 vom 11.10.2022

Aus Sicht der Telefónica Germany GmbH & Co. OHG sind nach den einschlägigen raumordnerischen Grundsätzen die folgenden Belange bei der weiteren Planung zu berücksichtigen, um erhebliche Störungen bereits vorhandener Telekommunikationslinien zu vermeiden:

- durch das Plangebiet führen 3 Richtfunkverbindungen hindurch

STELLUNGNAHME / Gemeinde Pfaffenhofen a. d. Glonn, 16. Änd. FNP, Sachlicher Teil-FNP Windkraft KF-W 2.2																					
RICHTFUNKTRASSEN																					
Die darin enthaltenen Funkverbindungen kann man sich als horizontal liegende Zylinder mit jeweils einem Durchmesser von bis zu mehreren Metern vorstellen.																					
Richtfunkverbindung			A-Standort in WGS84			Höhen			B-Standort in WGS84			Höhen									
						Fußpunkt Antenne						Fußpunkt Antenne									
Linknummer   A-Standort   B-Standort			Grad	Min	Sek	Grad	Min	Sek	NHN	ü. Gelände	Gesamt	Grad	Min	Sek	Grad	Min	Sek	NHN	ü. Gelände	Gesamt	
510553563   586990016   585990625			48°	20'	36.9" N					550	62	612	48°	17'	35.84" N	11°	7'	34.67" E	525	18,5	543,5
530550439   586990016   585990625			Wie Link 510553563																		
530550441   586990016   585990625			Wie Link 510553563																		

Zur besseren Visualisierung erhalten Sie beigelegt zur E-Mail ein digitales Bild, welches den Verlauf unsere Punkt-zu-Punkt-Richtfunkverbindung verdeutlichen sollen.





Die farbige Linie versteht sich als Punkt- zu-Punkt-Richtfunkverbindungen der Telefónica Germany GmbH & Co. OHG. Das Plangebiet ist im Bild mit einer dicken roten Linie eingezeichnet.

Man kann sich diese Telekommunikationslinie als einen horizontal über der Landschaft verlaufenden Zylinder mit einem Durchmesser von rund 30-60m (einschließlich der Schutzbereiche) vorstellen (abhängig von verschiedenen Parametern). Bitte beachten Sie zur Veranschaulichung die beiliegende Skizze mit Einzeichnung des Trassenverlaufes. Alle geplanten Konstruktionen und notwendige Baukräne dürfen nicht in die Richtfunktrasse ragen.

Wir bitten um Berücksichtigung und Übernahme der o.g. Richtfunktrasse in die Vorplanung und in die zukünftige Bauleitplanung bzw. den zukünftigen Flächennutzungsplan. Innerhalb der Schutzbereiche (horizontal und vertikal) sind entsprechende Bauhöhenbeschränkungen festzusetzen, damit die raumbedeutsame Richtfunkstrecke nicht beeinträchtigt wird.

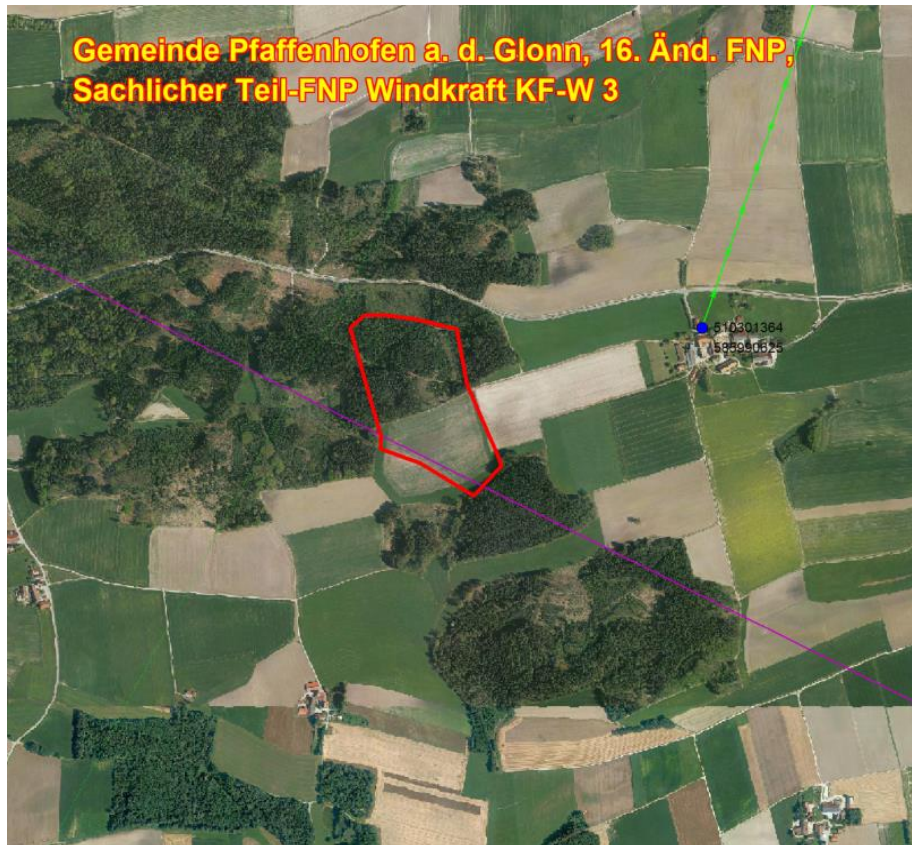
Es muss daher ein horizontaler Schutzkorridor zur Mittellinie der Richtfunkstrahlen von mindestens +/- 30 m und ein vertikaler Schutzabstand zur Mittellinie von mindestens +/-15 m eingehalten werden.

Sollten sich noch Änderungen der Planung / Planungsflächen ergeben, so würden wir Sie bitten uns die geänderten Unterlagen zur Verfügung zu stellen, damit eine erneute Überprüfung erfolgen kann.

Stellungnahme Richtfunk: Gemeinde Pfaffenhofen a. d. Glonn, 16. Änd. FNP, Sachlicher Teil-FNP Windkraft **KF-W 3** vom 11.10.2022

Die Überprüfung Ihres Anliegens ergab, dass keine Belange von Seiten der Telefónica Germany GmbH & Co. OHG zu erwarten sind.

Zur besseren Visualisierung erhalten Sie beigefügt zur E-Mail ein digitales Bild. Das Plangebiet ist im Bild mit einer dicken roten Linie eingezeichnet.



Die Linie in Magenta hat keine Relevanz für Sie.

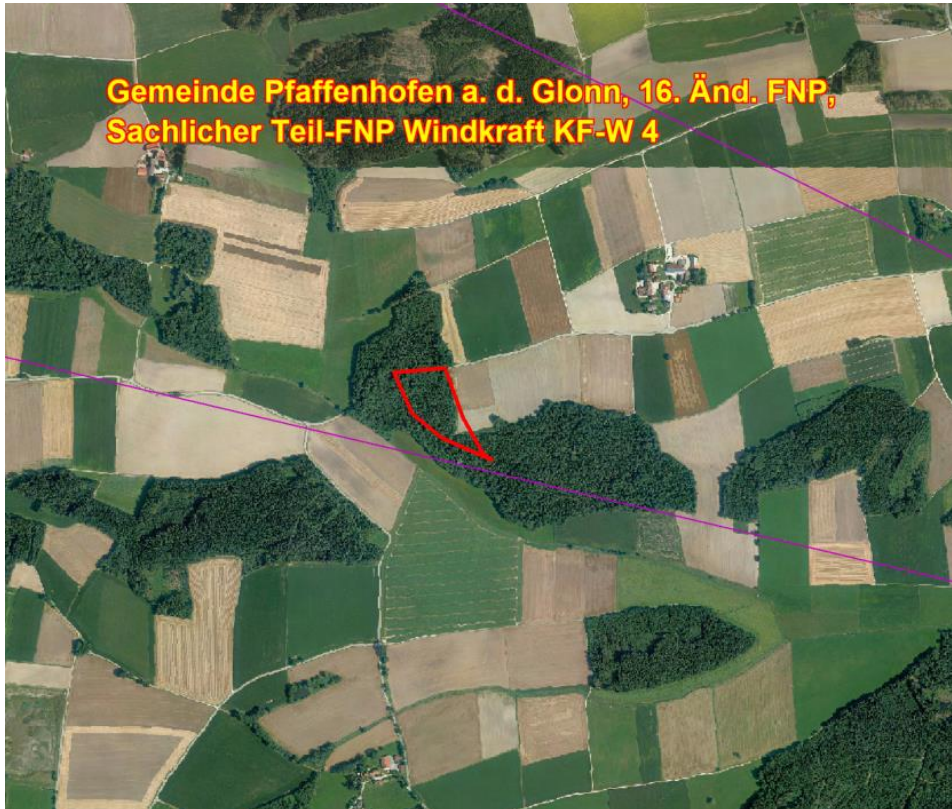
Sollten sich noch Änderungen der Planung / Planungsflächen ergeben, so würden wir Sie bitten uns die geänderten Unterlagen zur Verfügung zu stellen, damit eine erneute Überprüfung erfolgen kann.

Stellungnahme Richtfunk: Gemeinde Pfaffenhofen a. d. Glonn, 16. Änd. FNP, Sachlicher Teil-FNP Windkraft **KF-W 4** vom 13.10.2022

Die Überprüfung Ihres Anliegens ergab, dass keine Belange von Seiten der Telefónica Germany GmbH & Co. OHG zu erwarten sind.

Zur besseren Visualisierung erhalten Sie beigelegt zur E-Mail ein digitales Bild. Das Plangebiet ist im Bild mit einer gelben WEA eingezeichnet.





Sollten sich noch Änderungen der Planung / Planungsflächen ergeben, so würden wir Sie bitten uns die geänderten Unterlagen zur Verfügung zu stellen, damit eine erneute Überprüfung erfolgen kann.

## Abwägung

Durch die Konzentrationsfläche KF-W 2.2 verlaufen Richtfunkverbindungen der Telefonica O2 Germany GmbH & Co. OHG. Die raumbedeutsame Richtfunkstrecke darf nicht beeinträchtigt werden. Zur Festsetzung entsprechender Bauhöhenbeschränkungen innerhalb der Schutzbereiche (horizontal und vertikal), ist auf die nachfolgende Planungsebene zu verweisen. Dabei ist ein horizontaler Schutzkorridor zur Mittellinie der Richtfunkstrahlen von mindestens +/- 30 m und ein vertikaler Schutzabstand zur Mittellinie von mindestens +/- 15 m zu berücksichtigen.

Die Richtfunkstrecke in der Fläche KF-W 2.2 liegt voraussichtlich unterhalb der Rotorblätter. Eine finale Abstimmung mit der Telefonica O2 Germany GmbH & Co. OHG ist im Genehmigungsverfahren erforderlich.

Im Bereich der Konzentrationsflächen KF-W 1, KF-W 2.1, KF-W 3 und KF-W 4 sind gem. Stellungnahme der Telefonica O2 Germany GmbH & Co. OHG keine Richtfunkstrecken vorhanden.

## Beschluss:

Die Hinweise der Telefonica O2 Germany GmbH & Co. OHG zu Richtfunkstrecken werden zur Kenntnis genommen. Im Bereich der Konzentrationsfläche KF-W 2.2 ist auf der nachfolgenden Planungsebene (B-Plan/ Immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren) eine finale Abstimmung mit der Telefonica O2 Germany GmbH & Co. OHG erforderlich, um Beeinträchtigungen der vorhandenen raumbedeutsamen Richtfunkstrecke zu vermeiden. Dies wird in der Begründung zum Teil-FNP ergänzt.

**Abstimmungsergebnis: 14:0**



In dem o.g. Bauleitplanverfahren übersende ich Ihnen meine Stellungnahme nach § 18a LuftVG.  
Die Stellungnahme der zuständigen Flugsicherungsorganisation DFS Deutsche Flugsicherung GmbH liegt Ihnen ja bereits seit geraumer Zeit vor

Durch die vorgelegte Planung wird der Aufgabenbereich des Bundesaufsichtsamtes für Flugsicherung als Träger öffentlicher Belange im Hinblick auf den Schutz ziviler Flugsicherungseinrichtungen gemäß § 18a Luftverkehrsgesetz (LuftVG) insoweit berührt, als das Plangebiet im Anlagenschutzbereich der Navigationsanlage DVOR Maisach belegen ist. Je nach Verortung, Dimensionierung und Gestaltung des Bauvorhabens besteht daher die Möglichkeit einer Störung dieser Flugsicherungseinrichtung. Nach § 18a Abs. 1 Satz 1 LuftVG dürfen Bauwerke nicht errichtet werden, wenn dadurch Flugsicherungseinrichtungen gestört werden können.

Einschränkungen bezüglich Anzahl und Höhe der geplanten Windenergieanlagen im Rahmen eines späteren Genehmigungsverfahrens sind wahrscheinlich. Einschränkungen sind umso wahrscheinlicher, je näher das Bauwerk an die Flugsicherungseinrichtung heranrückt und je größer und höher das Bauwerk dimensioniert ist. Weiterhin sind topographische Umstände zu berücksichtigen, die sich aus dem umgebenden Gelände, anderen Bauwerken, Vegetation, u. ä. ergeben. Bei Windkraftanlagen steigt die Wahrscheinlichkeit einer Ablehnung zudem in Abhängigkeit von den bereits vorhandenen oder nach § 18a LuftVG zugestimmten Windkraftanlagen im Anlagenschutzbereich.

Die Ausweisung der Plangebiete im Anlagenschutzbereich sollte von außen beginnend nach Innen erfolgen, da die Wahrscheinlichkeit für eine Zustimmung nach § 18a LuftVG in der Regel von außen nach innen abnimmt. Bei einer Entfernung von weniger als 3.000 m zum Standort der Flugsicherungseinrichtung ist die Wahrscheinlichkeit so gering, dass empfohlen wird hier keine Plangebiete auszuweisen. Insbesondere sollte berücksichtigt werden, dass die Errichtung einiger weniger Windkraftanlagen in diesem Bereich die Zustimmung nach § 18a LuftVG zu einer Vielzahl von Windkraftanlagen im übrigen Anlagenschutzbereich verhindern kann.

Bei der Ausweisung von Plangebieten im Anlagenschutzbereich wird empfohlen auf die Möglichkeit von Einschränkungen im späteren Genehmigungsverfahren und die Notwendigkeit der Beteiligung meiner Behörde hinzuweisen.

Diese Beurteilung beruht auf den nach § 18a Abs. 1a, Satz 2 LuftVG angemeldeten Anlagenstandorten und -schutzbereichen der Flugsicherungseinrichtungen mit heutigem Stand (Oktober 2022).

## Abwägung

Der Gemeinderat nimmt die Ausführungen zur Kenntnis, hält an der bestehenden Planung fest und verweist auf das konkrete Genehmigungsverfahren. Grundsätzlich liegen Aspekte vor, welche die Nutzung der Konzentrationsflächen einschränken können. Ein entsprechender Hinweis auf die Lage im Anlagenschutzbereich der Navigationsanlage DVOR Maisach, mögliche Einschränkungen und die Notwendigkeit der Beteiligung des Bundesaufsichtsamts für Flugsicherung und der Deutschen Flugsicherung GmbH wird in der Begründung bei der Beschreibung der Konzentrationsflächen ergänzt.

## Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt die Ausführungen zur Kenntnis, hält an der bestehenden Planung fest und verweist auf das konkrete Genehmigungsverfahren. Grundsätzlich liegen Aspekte vor, welche die Nutzung der Konzentrationsflächen einschränken können. Ein entsprechender Hinweis auf die Lage im Anlagenschutzbereich der Navigationsanlage DVOR Maisach, mögliche Einschränkungen und die Notwendigkeit der Beteiligung des Bundesaufsichtsamts für Flugsicherung und der Deutschen Flugsicherung GmbH wird in der Begründung bei der Beschreibung der Konzentrationsflächen ergänzt.

**Abstimmungsergebnis: 14:0**

Durch oben genanntes Plangebiet ist der Anlagenschutzbereich gem. §18a Luftverkehrsgesetz (LuftVG) der folgenden Flugsicherungseinrichtung betroffen:

- VOR Maisach - Geogr. Koordinaten (ETRS89): 48° 15' 48,35" N / 11° 18' 42,93" E; Höhe des Geländes 530,09 m ü. NN

Wir empfehlen, innerhalb von Anlagenschutzbereichen keine Vorrang- und Eignungsgebiete zur Windenergienutzung auszuweisen, da die im Genehmigungsverfahren gem. §18a LuftVG zu erwartenden Einschränkungen bezüglich Anzahl und Höhe der geplanten Windenergieanlagen dem eigentlichen Ziel von Vorrang- und Eignungsgebieten entgegenstehen.

Bei der Beurteilung des Vorhabens wurden die uns zur Verfügung gestellten Unterlagen berücksichtigt. Diese Beurteilung beruht auf den Anlagenstandorten und -schutzbereichen Stand Oktober 2022.

Wir empfehlen, Windenergievorhaben grundsätzlich bei der zuständigen Luftfahrtbehörde zur Prüfung gem. §18 LuftVG einzureichen. Windenergieanlagen, die eine Bauhöhe von 100 m über Grund überschreiten, bedürfen gemäß § 14 Luftverkehrsgesetz (LuftVG) der luftrechtlichen Zustimmung durch die Luftfahrtbehörde. Art und Umfang der Tag- und Nachtkennzeichnung wird im Rahmen des Genehmigungsverfahrens von der Luftfahrtbehörde festgelegt.

Von dieser Stellungnahme bleiben die Aufgaben der Länder gemäß § 31 Luftverkehrsgesetz (LuftVG) unberührt.

Die gemäß LuftVG angemeldeten Anlagenschutzbereiche orientieren sich an den Empfehlungen aus ICAO EUR DOC 015, 3. Ausgabe 2015. Aufgrund betrieblicher Erfordernisse kann der angemeldete Schutzbereich im Einzelfall von der Empfehlung des ICAO EUR DOC 015 abweichen. Für weitere Fragen zu den angemeldeten Anlagenschutzbereichen stehen wir oder das Bundesaufsichtsamt für Flugsicherung Ihnen gerne zur Verfügung.

Wir haben das Bundesaufsichtsamt für Flugsicherung (BAF) von unserer Stellungnahme informiert.

Hinweis: Das Bundesaufsichtsamt für Flugsicherung stellt unter dem nachfolgenden Link eine interaktive Karte mit den aktuell gültigen Anlagenschutzbereichen verschiedener Flugsicherungsorganisationen gem. §18a LuftVG zur Verfügung.

[http://www.baf.bund.de/DE/Themen/Flugsicherungstechnik/Anlagenschutz/anlagenschutz\\_node.html](http://www.baf.bund.de/DE/Themen/Flugsicherungstechnik/Anlagenschutz/anlagenschutz_node.html)

## Abwägung

Der Gemeinderat nimmt die Ausführungen zur Kenntnis, hält an der bestehenden Planung fest und verweist auf das konkrete Genehmigungsverfahren. Grundsätzlich liegen Aspekte vor, welche die Nutzung der Konzentrationsflächen einschränken können. Ein entsprechender Hinweis auf die Lage im Anlagenschutzbereich der Navigationsanlage DVOR Maisach, mögliche Einschränkungen und die Notwendigkeit der Beteiligung des Bundesaufsichtsamts für Flugsicherung und der Deutschen Flugsicherung GmbH wird in der Begründung bei der Beschreibung der Konzentrationsflächen ergänzt.

## Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt die Ausführungen zur Kenntnis, hält an der bestehenden Planung fest und verweist auf das konkrete Genehmigungsverfahren. Grundsätzlich liegen Aspekte vor, welche die Nutzung der Konzentrationsflächen einschränken können. Ein entsprechender Hinweis auf die Lage im Anlagenschutzbereich der Navigationsanlage DVOR Maisach, mögliche Einschränkungen und die Notwendigkeit der Beteiligung des Bundesaufsichtsamts für Flugsicherung und der Deutschen Flugsicherung GmbH wird in der Begründung bei der Beschreibung der Konzentrationsflächen ergänzt.

**Abstimmungsergebnis: 14:0**

## Sachverhalt:

Das Eisenbahn-Bundesamt ist die zuständige Planfeststellungsbehörde für die Betriebsanlagen und die Bahnstromfernleitungen (Eisenbahninfrastruktur) der Eisenbahnen des Bundes. Es prüft als Träger öffentlicher Belange, ob die zur Stellungnahme vorgelegten Planungen bzw. Vorhaben die Aufgaben nach § 3 des Gesetzes über die Eisenbahnverkehrsverwaltung des Bundes berühren.

Gegen die 16. Änderung des Flächennutzungsplanes bestehen von Seiten des Eisenbahn-Bundesamtes grundsätzlich keine Einwände.

Aus Sicht des Eisenbahn-Bundesamtes erscheint es aber sachgerecht, wenn aus Gründen der Verkehrssicherheit Mindestabstände zu Bahntrassen eingehalten werden, die sich an der Größe der Windkraftanlagen orientieren. Dabei sollten auch vorhandene 110-kV-Bahnstromfernleitungen mit einbezogen werden. Es darf nämlich nicht übersehen werden, dass sturmbedingte Schäden an Windkraftanlagen auch erhebliche Auswirkungen auf Bahntrassen haben können.

Folgende Abstände werden empfohlen:

1) Abstände von Schienenwegen wegen Eiswurf:

Um die Möglichkeit der Beeinträchtigung des Eisenbahnbetriebs durch Eiswurf oder Rotorblattbruch auszuschließen, empfiehlt das Eisenbahn-Bundesamt als Abstand gemessen von der Turmachse, größer als 1,5 x (Rotordurchmesser plus Nabenhöhe).

2) Abstandsempfehlungen für 110-kV-Bahnstromfernleitungen:

Für Bahnstromfernleitungen ohne Schwingungsschutzmaßnahmen (Dämpfungseinrichtungen) wird ein Abstand von 3x Rotordurchmesser empfohlen. Mit Schwingungsschutzmaßnahmen kann der Abstand auf 1x Rotordurchmesser reduziert werden.

Es wird gebeten, diese Abstandsempfehlungen bei Ihren weiteren Planungen entsprechend zu berücksichtigen.

Die Betriebsanlagen der Bahn müssen gemäß § 2 der Eisenbahn-Bau- und Betriebsordnung (EBO) den Anforderungen der Sicherheit und Ordnung genügen. Hinsichtlich der sich in diesem Bereich befindlichen Betriebsanlagen der Eisenbahnen des Bundes ist zu beachten, dass im Rahmen von Baumaßnahmen die Sicherheit des Eisenbahnbetriebes nicht gefährdet werden darf. Bei Baumaßnahmen im Bereich von Bahnanlagen ist deren Standsicherung und Funktionstüchtigkeit jederzeit zu gewährleisten.

Sofern dies nicht ohnehin veranlasst worden sein sollte, wird die Beteiligung der Infrastrukturbetreiberin Deutsche Bahn AG, DB Immobilien, Barthstraße 12, 80339 München (Kompetenzteam Baurecht: KTB.Muenchen@deutschebahn.com) als Trägerin öffentlicher Belange empfohlen. Denn das Eisenbahn-Bundesamt prüft nicht die Vereinbarkeit Ihrer Planungen aus Sicht der Betreiber der Eisenbahnbetriebsanlagen.

## Abwägung

Die Gemeinde wird in Ost-West-Richtung von einer 110 kV-Leitung der Deutschen Bahn AG gequert. In der harten Tabuzone ist hier ein Abstand von einem Rotordurchmesser, d. h. 160 m beidseitig der Leitung berücksichtigt. (vgl. Begründung Kap. 6.3.2 und Karte 1 Harte Tabuzone)

Mit Schwingungsschutzmaßnahmen ist dieser Abstand gem. Stellungnahme des Eisenbahn-Bundesamts ausreichend.

Schienenwege sind im Gemeindegebiet Pfaffenhofen a. d. Glonn nicht vorhanden.

Die DB Netz AG, Regionalbereich Süd wurde bereits beteiligt, hat aber keine Stellungnahme abgegeben. Im weiteren Verfahren wird auch die Deutsche Bahn AG, DB Immobilien (Kompetenzteam Baurecht: KTB.Muenchen@deutschebahn.com) als Trägerin öffentlicher Belange beteiligt.

## Beschluss:

Die Gemeinde nimmt die Hinweise des Eisenbahn-Bundesamts zur Kenntnis und verweist auf die Begründung und die Karte 1 Harte Tabuzone, wobei die 110 kV-Leitung der Deutschen Bahn AG mit einem Abstand von einem Rotordurchmesser berücksichtigt ist. Im weiteren Verfahren wird auch die Deutsche Bahn AG, DB Immobilien beteiligt.

**Abstimmungsergebnis: 14:0**

13.1.2 Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr (BAIUDBw) vom  
2 21.09.2022

## **Sachverhalt:**

Die Bundeswehr unterstützt den Ausbau erneuerbarer Energien soweit militärische Belange nicht entgegenstehen.

Windenergieanlagen können grundsätzlich militärische Interessen, z. B. militärische Richtfunkstrecken, Luftverteidigungsradaranlagen oder den militärischen Flugverkehr, berühren und beeinträchtigen.

Die geplanten Windenergieanlagen befinden sich aktuell

- im Zuständigkeitsbereich des militärischen Flugplatzes LECHFELD
- im Zuständigkeitsbereich militärischer Luftverkehr
- im Bereich des Interessengebietes der Luftverteidigungsradaranlage FREISING

Ob und inwiefern eine Beeinträchtigung der militärischen Interessen tatsächlich vorliegt, kann in dieser frühen Planungsphase nicht beurteilt werden und ist abhängig von genauen Standorten, Bauhöhen und Geländehöhen der einzelnen geplanten Windenergieanlagen.

Die Bundeswehr behält sich daher vor, im Rahmen der sich anschließenden Beteiligungsverfahren (z. B. BImSchG-Verfahren) zu gegebener Zeit, wenn nötig, Einwendungen geltend machen da jede beantragte Windenergieanlage einer Einzelfallprüfung bedarf.

## **Hinweis:**

**Der Bundeswehr liegt aktuell eine Voranfrage für 4 Windkraftanlagen (Typ ENERCON E-160, Bauhöhe 246,6m) im angefragten Bereich vor. Diese Voranfrage ist noch nicht abschließend geprüft.**

Im weiteren Verfahren ist das Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr weiterhin zu beteiligen.

## **Abwägung**

Die Gemeinde Pfaffenhofen a. d. Glonn nimmt die Hinweise des Bundesamtes für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr zur Kenntnis und verweist auf das konkrete Genehmigungsverfahren. In der Begründung wird bei der Beschreibung der Konzentrationsflächen ein Hinweis aufgenommen, dass auf der nachfolgenden Planungsebene aufgrund der Lage im Zuständigkeitsbereich des militärischen Flugplatzes Lechfeld, militärischem Luftverkehr und der Luftverteidigungsradaranlage Freising eine Einzelfallprüfung erforderlich und das Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr zu beteiligen ist.

## **Beschluss:**

Die Gemeinde Pfaffenhofen a. d. Glonn nimmt die Hinweise des Bundesamtes für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr zur Kenntnis und verweist auf das konkrete Genehmigungsverfahren. In der Begründung wird bei der Beschreibung der Konzentrationsflächen ein Hinweis aufgenommen, dass auf der nachfolgenden Planungsebene aufgrund der Lage im Zuständigkeitsbereich des militärischen Flugplatzes Lechfeld, militärischem Luftverkehr und der Luftverteidigungsradaranlage Freising eine Einzelfallprüfung erforderlich und das Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr zu beteiligen ist.

**Abstimmungsergebnis: 14:0**

## Sachverhalt:

Die Gemeinde Odelzhausen begrüßt die Fortführung der Planung zur Nutzung von Windenergie in der Nachbargemeinde. Gerade in der aktuellen Situation ist die Steigerung der lokalen Stromproduktion durch die Nutzung von Windkraft begrüßenswert.

Bereits mit Schreiben vom 11.03.2013 hat die Gemeinde Pfaffenhofen an der Glonn die Gemeinde Odelzhausen am Verfahren zur 16. Änderung des Flächennutzungsplanes beteiligt. Mit Schreiben vom 22.04.2013 hat die Gemeinde Odelzhausen dazu eine Stellungnahme abgegeben (siehe Anhang).

Zur jetzigen Planung: die dargestellte Fläche KF-W1 der Gemeinde Pfaffenhofen an der Glonn grenzt unmittelbar an die bereits im rechtskräftigen Flächennutzungsplan der Gemeinde Odelzhausen ausgewiesene Konzentrationsfläche Odelzhausen K-W 2 an.

Es ist davon auszugehen, dass die Einspeisung des in der geplanten Zone KF-W1 erzeugten Stroms über das Umspannwerk in Höfa erfolgen soll.

Nach hiesigem Kenntnisstand ist eine erhebliche Kapazitätserweiterung des Umspannwerks in Höfa erforderlich. Die notwendigen Umbaumaßnahmen am Umspannwerk werden sich nach Auskunft des Betreibers über einen Zeitraum von mindestens drei bis fünf Jahren erstrecken. Der Nachbargemeinde wird dringend empfohlen, vor einer Aufnahme der Detailplanung die Möglichkeiten der Netzeinspeisung zu prüfen und sicherzustellen, dass ein wirtschaftlicher Anschluss zeitnah möglich ist. Es ist nicht im Sinne der Energiewende, wenn eine WKA aufgrund von fehlender Netzkapazität nicht vollständig einspeisen kann oder in Spitzenlastzeiten der Stromerzeugung sogar abgeschaltet werden muss.

Im Hinblick auf den konkreten Standort KF-W1 ist nach dem heutigen Stand der Technik in den Konzentrationsflächen beider Gemeinden (Pfaffenhofen a. d. Glonn KF-W1 und Odelzhausen K-W 2) jeweils nur eine Windkraftanlage (WKA) möglich (ausgehend von einem Rotorendurchmesser mit ca. 170 Metern und einer Leistung von > 7.000 kW).

Um die Wirtschaftlichkeit einer WKA in der Konzentrationsfläche der Gemeinde Odelzhausen nicht zu gefährden, muss bei einer in der Hauptwindrichtung vorgelagerte WKA ein Mindestabstand von 800 Meter zwingend eingehalten werden. Nur dadurch kann sichergestellt werden, dass keine negativen Auswirkungen bzw. kein wirtschaftlicher Schaden an der Rentabilität einer in der Konzentrationsfläche K-W 2 der Gemeinde Odelzhausen noch zur errichtenden WKA entsteht.

Ein derartiges Projekt könnte als interkommunales Vorhaben geplant und umgesetzt werden. Gemeinsam könnten leistungsfähige WKA entstehen, welche die notwendigen Abstände für die Wirtschaftlichkeit jeder einzelnen Anlage gewährleisten. Dies auch vor dem Hintergrund, eine möglichst effiziente Nutzung der Windkraft zu erreichen.

An der seinerzeitigen Stellungnahme vom 22.04.2013 wird festgehalten.

Für jegliche Gespräche im Zusammenhang mit einer gemeinsamen Umsetzung steht die Gemeinde Odelzhausen gerne zur Verfügung.

## Stellungnahme der Gemeinde Odelzhausen vom 22.04.2013:

Gegen die vorgelegte Planung bestehen dann keine Bedenken, wenn insbesondere die im späteren Verlauf erforderlichen Gutachten für die Genehmigung von Windkraftanlagen den aktuellen Regeln der Technik und dem Rechtsstand entsprechen. Dabei muss sichergestellt werden, dass die Daten aus diesen Gutachten nachweislich im Betrieb eingehalten werden.

Eine Beteiligung am weiteren Verfahren wird gewünscht.

Sofern die im Verfahren als KF-W1 dargestellte Konzentrationsfläche weiterhin Bestand hat, soll eine gemeinsame Entwicklung mit der östlich auf dem Gemeindegebiet von Odelzhausen befindlichen Konzentrationsfläche angestrebt werden.

## Abwägung

Das Thema gegenseitige Beeinträchtigung von geplanten Windkraftanlagen an Gemeindegrenzen und eventuellen Auswirkungen für eventuell zu entwickelnden Windkraftanlagen in unseren Nachbar-

gemeinden haben wir ebenfalls erkannt und würden aufgrund der Tatsache, dass in der Gde Odelzhausen bereits in unmittelbarer Nähe Windkraftanlagen stehen, eine interkommunale Zusammenarbeit in Erwägung ziehen, wenn für den Standort im Gemeindegebiet Odelzhausen nachweislich eine wirtschaftliche Beeinträchtigung vorhanden ist, ein Standortsicherungsvertrag vorliegt und eine artenschutzrechtliche Untersuchung den Standort umsetzbar erscheinen lässt. In welcher Höhe eine gegenseitige Beteiligung angemessen wäre und die genaue Ausgestaltung einer solchen Vereinbarung sollte nach dem Abschluß des Verfahrens einschließlich geprüftem Artenschutz im Detail geklärt werden (als eine Festlegung im Verfahren nach Vorlage der einzelnen erwähnten Punkte könnte sich die Gde Pfaffenhofen a. d. Glonn eine einfache Vereinbarung vorstellen, in der letztendlich nur eine Prozentzahl enthalten ist für den Fall, dass die Gde Pfaffenhofen a. d. Glonn einen konkreten von der Gde Pfaffenhofen a. d. Glonn beeinflussbaren Standort realisieren kann).

Die gleiche Vereinbarung für den umgekehrten Fall versteht sich natürlich auch.

Einen Entwurf über eine mögliche Vereinbarung bitten wir die Nachbargemeinde zu entwickeln und uns zur Verfügung zu stellen.

Hinweis zum UW Höfa: Gem. §§ 8 und 11 EEG muss der Netzbetreiber Anlagen zur Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energien unverzüglich vorrangig an sein Netz anschließen, physikalisch abnehmen, übertragen und verteilen.

Der Wunsch einer laufenden interkommunalen Abstimmung ist zu berücksichtigen.

## Beschluss:

Das Thema gegenseitige Beeinträchtigung von geplanten Windkraftanlagen an Gemeindegrenzen und eventuellen Auswirkungen für eventuell zu entwickelnden Windkraftanlagen in unseren Nachbargemeinden haben wir ebenfalls erkannt und würden aufgrund der Tatsache, dass in der Gde Odelzhausen bereits in unmittelbarer Nähe Windkraftanlagen stehen, eine interkommunale Zusammenarbeit in Erwägung ziehen, wenn für den Standort im Gemeindegebiet Odelzhausen nachweislich eine wirtschaftliche Beeinträchtigung vorhanden ist, ein Standortsicherungsvertrag vorliegt und eine artenschutzrechtliche Untersuchung den Standort umsetzbar erscheinen lässt. In welcher Höhe eine gegenseitige Beteiligung angemessen wäre und die genaue Ausgestaltung einer solchen Vereinbarung sollte nach dem Abschluß des Verfahrens einschließlich geprüftem Artenschutz im Detail geklärt werden (als eine Festlegung im Verfahren nach Vorlage der einzelnen erwähnten Punkte könnte sich die Gde Pfaffenhofen a. d. Glonn eine einfache Vereinbarung vorstellen, in der letztendlich nur eine Prozentzahl enthalten ist für den Fall, dass die Gde Pfaffenhofen a. d. Glonn einen konkreten von der Gde Pfaffenhofen a. d. Glonn beeinflussbaren Standort realisieren kann).

Die gleiche Vereinbarung für den umgekehrten Fall versteht sich natürlich auch.

Einen Entwurf über eine mögliche Vereinbarung bitten wir die Nachbargemeinde zu entwickeln und uns zur Verfügung zu stellen.

Hinweis zum UW Höfa: Gem. §§ 8 und 11 EEG muss der Netzbetreiber Anlagen zur Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energien unverzüglich vorrangig an sein Netz anschließen, physikalisch abnehmen, übertragen und verteilen.

Der Wunsch einer laufenden interkommunalen Abstimmung ist zu berücksichtigen.

**Abstimmungsergebnis: 14:0**

13.1.2 Gemeinde Ried vom 18.10.2022

4

## Sachverhalt:

Der Bau- und Umweltausschuss nimmt die Planungen wohlwollend zur Kenntnis und regt, um keine gegenseitigen Konflikte bzgl. Konzentrationsflächen zu erzeugen, eine Absprache mit der Gemeinde Pfaffenhofen a. d. Glonn an.

## Abwägung

Die Gemeinde Pfaffenhofen a. d. Glonn begrüßt die positive Stellungnahme der Gemeinde Ried und stellt eine enge Zusammenarbeit, wie bereits in anderen Bereichen erfolgt, gerne in Aussicht.

**Beschluss:**

Die Gemeinde Pfaffenhofen a. d. Glonn begrüßt die positive Stellungnahme der Gemeinde Ried und stellt eine enge Zusammenarbeit, wie bereits in anderen Bereichen erfolgt, gerne in Aussicht.

**Abstimmungsergebnis: 14:0**

## 13.2 Billigungs- und Auslegungsbeschluss

**Beschluss:**

Der Gemeinderat billigt die 16. Änderung des Flächennutzungsplanes „Sachlicher Teilflächennutzungsplan Windkraft“ mit den heute beschlossenen Änderungen und Ergänzungen in der Fassung vom 13.02.2023.

Die Verwaltung wird beauftragt die Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange nach §§ 3 Abs. 2 und 4 Abs. 2 BauGB durchzuführen.

**Abstimmungsergebnis: 14:0**

---

Helmut Zech  
1. Bürgermeister

---

Berglmeir, Gabriele  
Schriftführer